GEW

Genderaspekte

DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

März
2015

Genderaspekte

3 **Geschlechterstereotype waren gestern**
Oder: Warum eine neue Entgeltordnung im Sozial- und Erziehungsdienst überfällig ist
von Frauke Gützkow

5 **Die Vier-in-einem-Perspektive**
Ein Zukunftsmodell für die Gegenwart
von Dr. Frigga Haug

8 **Vorsitz im Team**
Für die GEW Hessen ein gutes Modell
von Holger Giebel

9 **Macht Sprache sichtbar?**
Zur Wahrnehmung von Geschlechtergerechtigkeit im Alltag
Ute Schmitt interviewt Annika Schramm, Miriam Herrmann, Katharina Hauck und Marianne Walther

11 **Der Schwule und die Schlampe**
Sexualisierte Schimpfworte in der Schule
von Sebastian Kempf

13 **»Besorgte Eltern« – ein rechtspopulistisches Netzwerk**
von Dorothea Weniger

Was es sonst noch gibt

15 **Zehn Jahre Integrationskurse: eine Erfolgsgeschichte?**
von Prof. Dr. Chrisoph Schroeder und Natalia Zakharova

17 **Kunstfehler in der Lehrer*innenbildung**
Fehlerhafte Bewertungen von praktischen Prüfungen im Referendariat
von Dr. theol. habil. Manfred Riegger

19 **aus der GEW**
- 40 Jahre für die GEW
- GEW Mittelfranken: Schule ohne Militär
- Esther Bejarano zu Gast in Nürnberg
- Beratung für freiberufliche Lehrbeauftragte in Hof
- In memoriam Oswald Then

22 **»Rechts – Total? Normal?«**
Neue Wanderausstellung von Wunibald Heigl
von Dorothea Weniger

23 **Erlesenes**
- Märchenhaft
- »Auch eine Seele kann ohnmächtig werden«

Rubriken

25 **Veranstaltungen**

27 **Glückwünsche und Dank**

28 **Kontakte**

Telefonische Sprechzeiten der GEW-Rechtsstelle mit Beratung für GEW-Mitglieder:
Mo und Do von 13.00 - 16.00 Uhr
Tel.: 089 54379959
Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München. Auch online möglich unter gew.de/Aenderungsmeldung.html
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

Es ist noch gar nicht so lange her, *dass Ehemänner in der Bundesrepublik Deutschland das Recht hatten, ihren Frauen zu verbieten, erwerbstätig zu sein. Erst 1977 verloren sie dieses Privileg. Und erst vor 21 Jahren, nämlich 1994, wurde der Paragraf 175 ersatzlos aus dem deutschen Strafgesetzbuch gestrichen, der bis dahin Homosexuelle diskriminierte. Daran sollte man sich in diesem Lande immer wieder erinnern, wenn es darum geht, anderen Gesellschaften vorzuwerfen, sie wären schwulenfeindlich oder würden die Unterdrückung von Frauen befürworten. Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Es geht keinesfalls darum, frauen- oder schwulenfeindliche Haltungen zu verteidigen. Aber es geht darum, vor der unsäglichen Arroganz zu warnen, mit der manche unserer hart erkämpften Errungenschaften enthistorisiert werden. Es geht darum, nicht zu vergessen, wie lange es bei uns gedauert hat, solch emanzipatorische Entwicklungen zu verankern. Außerdem könnte diese Arroganz daran hindern, achtsam zu bleiben, um einen Rückfall in alte Muster zu verhindern. Der könnte nämlich schneller als vermutet erfolgen, wenn reaktionäre Bewegungen keinen entschiedenen Widerstand erfahren, z. B. jene, die sich »besorgte Eltern« nennt und auch in Bayern zu Demonstrationen aufruft (s. auch Seite 13).* *Karin Just*

Folgende Themen (Arbeitstitel) für die DDS sind in Planung, Beiträge dazu und weitere Vorschläge erwünscht: April: Islamophobie trifft Menschen; Mai: Verschiedenes; Juni: Kommunalisieung. Diese Themenschwerpunkte verschieben sich, wenn aktuelle Entwicklungen es erforderlich machen.

Erzieher*innen und Kindheitspädagog*innen

Für die Längsschnittstudie ÜFA (Start 2011, gefördert vom BMBF) sucht das Projektteam der Fliedner Fachhochschule Düsseldorf, der Universität Koblenz-Landau und der Philipps-Universität Marburg Befragungsteilnehmer*innen, die zwischen 2010 und 2013 ihren Ausbildungs- oder Studienabschluss gemacht haben (staatlich anerkannte Erzieherin/staatlich anerkannter Erzieher, Bachelorabschluss im früh- oder kindheitspädagogischen Bereich).
Das Projekt untersucht den Berufsverlauf und die Beschäftigungssituation von Erzieher*innen und Kindheitspädagog*innen.
Die Befragungsergebnisse sollen dazu genutzt werden, zukünftige Absolvent*innen besser auf den Übergang in das Berufsleben vorzubereiten und die Qualität der Aus- und Weiterbildung weiterzuentwickeln.

Wenn Sie Interesse an der Befragung haben, verwenden Sie bitte folgenden Link: uefa-rueck.tba-hosting.de/befragung/login_alumni.php
Für Fragen oder weitere Informationen stehen Nicole Mink oder Christiane Theisen an der Universität Marburg unter der Rufnummer 06421 2824645 oder per E-Mail an uefa@staff.uni-marburg.de zur Verfügung.
Nähere Informationen zum Projekt finden sich auf der Homepage projekt-uebergang.de

Die GEW unterstützt das Projekt und bittet ihre Mitglieder, sich daran zu beteiligen.

Impressum:

DDS • Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern
Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 089 5440810 • Fax: 089 5389487
E-Mail: info@gew-bayern.de • gew-bayern.de
Redaktionsleiterin: Karin Just, Kidlerstr. 41, 81371 München ☎ 089 51009102
oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar ☎ 089 5440810 • Fax: 089 5389487
E-Mail: Karin.Just@gew-bayern.de
Redaktionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Jan Bundesmann, Verena Escherich, Wolfgang Häberle, Hannes Henjes, Petra Nalenz, Gele Neubäcker, Ute Schmitt, Chrissi Wagner, Dorothea Weniger, Wolfram Witte
Gestaltung: Karin Just
Bildnachweis (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: imago/IPON
Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München ☎089 5029994
Anzeigenannahme: nur über die Redaktionsleitung
Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München
☎ 089 5029994, E-Mail: team@druckwerk-muenchen.de
Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 13 vom 1.1.2013 gültig.
Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne Weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21 EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zuzüglich Porto.
Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.
Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.
Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonats.

Geschlechterstereotype waren gestern

Oder: Warum eine neue Entgeltordnung im Sozial- und Erziehungsdienst überfällig ist

Foto: imago/Kai Bienert

Was ist das Gleichstellungspolitische an der Entgeltordnung Sozial- und Erziehungsdienst? Es geht um gutes Geld für gute Arbeit, und zwar für Frauen wie Männer. Eine Entgeltordnung hat aber per se eine geschlechterpolitische Dimension, weil sie Berufsfelder beschreibt und die Einkommenshöhe festlegt.

Seit Mitte Februar laufen die Tarifverhandlungen für eine bessere Bezahlung im öffentlichen Dienst der Länder. Etwa zeitgleich begannen die Tarifverhandlungen mit den kommunalen Arbeitgebern zur Entgeltordnung (EGO) im Sozial- und Erziehungsdienst (TVöD-VKA SuE).

Die EGO legt auf Grundlage der Aufgaben der Beschäftigten deren Eingruppierung in eine bestimmte Entgeltgruppe (EG) fest. Diese entscheidet darüber, welche Arbeit in Kita oder Sozialarbeit wie bezahlt wird. Die derzeitige Entgeltordnung beruht auf den Arbeitsbeschreibungen und -bewertungen der 1970er-Jahre. Den pädagogischen Entwicklungen hinkt sie seit Langem hinterher. Neue Arbeitsformen in der frühkindlichen Bildung oder Inklusion verändern berufliche Tätigkeiten und die Anforderungen an Qualifikationen. Diese Tätigkeiten müssen in der EGO SuE abgebildet und bezahlt werden. Die Erwartungen der größtenteils weiblichen Beschäftigten an eine Verbesserung der Eingruppierung sind entsprechend groß.

Auf eigenen Beinen stehen

Die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen hängt eng mit ihrer gleichberechtigten Teilhabe am Erwerbsleben und mit der Bezahlung zusammen. Geschlechtergerechte Entgeltpraxis und faire (Arbeits-)Bedingungen oder »Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» lauten die gewerkschaftlichen Forderungen. Die Höhe des individuell erzielten Einkommens entscheidet darüber, ob Frauen aus eigener Kraft ihre Existenz sichern können – unabhängig von der Haushaltskonstellation, in der sie leben. Existenzsicherung ist dabei mehr, als den unmittelbaren Bedarf zu decken. Zur langfristigen Existenzsicherung gehört auch, in einer Familienphase von vollzeitnaher Teilzeit leben zu können und über die Sozialversicherungssysteme Ansprüche zu erwerben, um auch in Phasen ohne eigene Erwerbstätigkeit wirtschaftlich unabhängig zu sein.

Die Erwerbskonstellationen von Frauen und Männern in Partnerschaften ändern sich, weg von der (in Westdeutschland) traditionellen Ernährer- und Zuverdienstehe hin zur Etablierung eines Modells, bei dem grundsätzlich beide ihren eigenen Beitrag zur Existenzsicherung leisten. Das Einkommen von Frauen ist heute längst unverzichtbarer Bestandteil für Familien geworden. Frauen sind Familienernährerinnen (ca. 23 Prozent), Mitverdienerinnen (ca. 52 Prozent) und Gleichverdienerinnen (ca. 25 Prozent). Familienernährerinnen sind Frauen, die in Mehrpersonenhaushalten mindestens zwei Drittel des Haushaltseinkommens erwirtschaften und damit die finanzielle Verantwortung für sich und mindestens ein weiteres Haushaltsmitglied übernehmen – ob alleinerziehend oder mit Partner, als Akademikerin oder auf der Grundlage einer Berufsausbildung (vgl. www.familienernaehrerin.de).

Frauen übernehmen Verantwortung trotz geringer Gehälter in frauendominierten Berufen und Branchen, der häufigen und oft unfreiwilligen Teilzeitbeschäftigung und der großen Entgeltlücken. Familienernährerinnen sind häufig in frauentypischen Berufszweigen wie dem Gesundheits- und Sozialwesen, Erziehung und Unterricht oder dem Einzelhandel beschäftigt. Viele Berufe und Branchen mit einem hohen Frauenanteil wurden für Zuverdienerinnen konzipiert. Die Tarifrunde EGO SuE muss also auch einen Beitrag dazu leisten, dass sich das Einkommen von weiblichen Hauptverdienerinnen dem von männlichen annähert.

Anerkennung der Leistung

Die Berufswahl ist die zentrale Weichenstellung, mit der junge Frauen auf dem Arbeitsmarkt ihre Position und damit ihre Möglichkeiten zur eigenständigen Existenzsicherung nachhaltig beeinflussen. Dabei geht es um Einkommen, Aufstiegs- und Anschlussqualifikationen und um Arbeitszeiten, die es ermöglichen, Beruf und Familie zu vereinbaren und auch eigenen Interessen nachgehen zu können. Branchenabhängig unterscheidet

sich die Bezahlung gravierend, obwohl die Voraussetzungen, z. B. eine qualifizierte Berufsausbildung oder ein einschlägiges Studium, oft gleich sind. Doch Berufsfelder, in denen es um die Verantwortung für Menschen geht – wie in Erziehung, Gesundheit oder Bildung –, werden weniger wertgeschätzt als Verantwortung für Technik oder Geld. Auch dieses Ungleichgewicht resultiert aus Geschlechterstereotypien von gestern.

In der neuen Entgeltordnung für den Sozial- und Erziehungsdienst geht es um die Anerkennung der Leistung, der Fachkenntnisse, der Berufserfahrung, des Könnens, die die Frauen und auch Männer in diesem Berufsfeld einsetzen. Die gestiegenen Anforderungen an die Beschäftigten in Kitas, Schulen, Jugendämtern oder heilpädagogischen Einrichtungen spiegeln sich in den Einkommen nicht wider. Erzieher*innen oder Sozialarbeiter*innen leisten aber gesellschaftlich wichtige Arbeit, und das mit hoher Kompetenz, hohem Einsatz und großer Verantwortung. Die GEW fordert deshalb eine deutliche Aufwertung des Berufsfeldes durch eine bessere Bezahlung und durch eine adäquate Eingruppierung.

Aktiv werden

Die Ursachen der Entgeltlücke zwischen Frauen und Männern sind inzwischen vielfältig wissenschaftlich erforscht. Nur bleiben die Erkenntnisse noch zu oft ohne Wirkung. Wo Tarifverträge gelten und Betriebs- oder Personalräte mitbestimmen, schrumpft die Entgeltlücke. Die Herausforderungen der mittelbaren Entgeltdiskriminierung sind nach wie vor groß und liegen unter anderem in der unterschiedlichen Bewertung von Tätigkeiten. In der Tarifrunde zur EGO SuE geht es also auch um ein diskriminierungsfreies Regelwerk zur Beschreibung der Tätigkeiten.

Die GEW will in den Tarifverhandlungen erreichen, dass die Berufe im Sozial- und Erziehungsdienst aufgewertet und die Bezahlung insgesamt angehoben werden. Gute Bildung und Erziehung gibt es, weil die Beschäftigten gute Arbeit leisten. Noch liegen die Gehälter von Erzieherinnen und Erziehern in Deutschland unter dem Durchschnittseinkommen. Arbeitgeber in Kommunen, bei Wohlfahrtsverbänden und freien Trägern müssen diese qualifizierte und gesellschaftlich so wichtige Arbeit endlich angemessen bezahlen. Wer Leitungsfunktionen übernimmt, muss auch dafür bezahlt werden und nicht wie bisher ausschließlich nach der Zahl der regelmäßig belegbaren Kita-Plätze. Leitungsaufgaben erfordern große Sachkompetenz und Verantwortung und sind mit Personalverantwortung verbunden. Bei der Bewertung der Leitungstätigkeit soll daher neben der Anzahl der Kita-Plätze auch die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berücksichtigt werden.

Wer von einer Jugendhilfeeinrichtung zu einer anderen wechseln will, wird zurzeit bestraft und nicht gefördert. Neue Arbeitgeber erkennen die vorher erworbene Berufserfahrung bei der Eingruppierung nicht ausreichend an. Das kann zu deutlichen Gehaltseinbußen führen und muss dringend neu geregelt werden.

Das sozialpädagogische Berufsfeld hat sich in den vergangenen Jahrzehnten weiter entwickelt, eine Überarbeitung der Tätigkeitsmerkmale ist überfällig. Neue Berufe, neue berufliche Qualifikationen wie z. B. der Bachelor in Kindheitspädagogik, neue Berufsbilder und Arbeitsbereiche von der Fachberatung bis zur Schulsozialarbeit sind in der Entgeltordnung abzubilden und sie sind angemessen zu bezahlen.

Aktiv werden lohnt sich also und es ist erforderlich, damit die GEW ihren Forderungskatalog durchsetzen kann. Wir brauchen die volle Unterstützung aller Mitglieder und aller Beschäftigten.

von Frauke Gützkow

Mitglied des
Geschäftsführenden Vorstands
der GEW
Arbeitsbereich Frauenpolitik

Zum Weiterlesen: www.gew.de/EGO

Foto: Robert Michel

Die Vier-in-einem-Perspektive

Ein Zukunftsmodell für die Gegenwart

Um politisch handlungsfähig zu sein, brauchen wir die Fähigkeit zum Träumen. Um handlungsfähig zu bleiben, müssen wir unsere Träume herunterholen auf den Boden, auf dem wir heute gehen. Um unser Gehen nicht aufhaltsam zu machen, langen wir wieder nach den Träumen. Kurz: Für unsere Politik brauchen wir eine Perspektive, die unsere Hoffnungen auf ein gutes Leben einschließt und unsere alltäglichen Schritte leitet.

Emanzipatorischer Kompass für ein gerechteres Leben

Ohne Vorstellung – und sei sie noch so ungewiss –, wie eine andere Gesellschaft sein könnte, lässt sich schwer Politik machen, die viele engagiert. Eine Orientierung bietet seit mehr als 150 Jahren die Arbeiterbewegung: Sie zielt auf eine Überwindung entfremdeter Lohnarbeit und kämpft im Hier und Jetzt um Löhne, Tarifabkommen, Arbeitsplätze. Gegen diese ausschließliche Fokussierung der Form des Befreiungsdenkens traten die Frauenbewegungen des 20. Jahrhunderts an, indem sie darauf bestanden, dass es mehr Arbeit gebe, als die in Lohnform verrichtete. Sie betonten, dass die häusliche Sphäre sowohl eine Stätte der Unfreiheit, als auch eine der menschlichen Sorge um einander sei – und dass die Zurkenntnisnahme von Haus- und Familienarbeit grundlegend für ein Denken sei, das sich die Befreiung aller Menschen zum Ziel setzt.

Was in den Kämpfen dieser Bewegungen nicht ausreichend zum Vorschein kommt, macht Karl Marx umso deutlicher: dass nämlich die Entwicklung eines jeden die Voraussetzung der Entwicklung aller sei. Übersetzt in unsere nüchterne Sprache meint das, dass es auch Ziel von Befreiung sein muss, die Fähigkeiten, die in den Einzelnen schlummern, zur Entfaltung kommen zu lassen. Und in alledem – in Arbeiterbewegung, in Frauenbewegung, in der Frage der Selbstentwicklung einer*eines jeden – gibt es schließlich eine Voraussetzung, die so grundlegend ist, dass sie extra zu nennen schon überflüssig scheint: Die Befreiung der Menschen kann nur von ihnen selbst unternommen, kann nicht für sie erstritten werden, kann nicht eine Tat von oben sein. »Wenn wir uns nicht selbst befreien, bleibt es für uns ohne Folgen«, hat der Schriftsteller Peter Weiss für die Arbeiterbewegung geschrieben. Es gilt auch für uns Frauen. Politik also für eine andere Gesellschaft als die jetzige muss Politik von unten sein.

Immer mehr Menschen finden keinen Einstieg in die Erwerbsarbeitswelt. Hoffnung auf Veränderung von Gewerkschaftsseite richtet sich auf Lohnforderungen und die Sicherheit der Plätze derer, die noch »in Arbeit« sind. Dagegen suchte ich nach einer Utopie, die solches Handeln nicht beiseiteschiebt, die aber zugleich die Hoffnungen der vielen anderen aufnimmt und auf ein menschenwürdiges Ziel ausrichtet. Die Kunst der Politik, so lernte ich bei Rosa Luxemburg, besteht nicht darin, das »richtige« Ziel auszumachen und es dann durchzusetzen; die Kunst der Politik besteht in der Verknüpfung vieler einzelner Ziele, in der Erstellung eines Orientierungsrahmens, der Zielbewusstsein und Zusammenhang in die verschiedenen örtlichen »und zeitlichen Fragmente des Klassenkampfes bringt«. (Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 4, S. 124)

Gesellschaftlich notwendige Arbeit gibt es genug

Ich nehme meine Fassungslosigkeit ernst, wenn die Regierung verspricht, mehr Arbeit zu schaffen – als hätten wir nicht übergenug Arbeit, die für die Gesellschaft überlebensnotwendig ist und die ungetan bleibt, sowohl an der Natur als auch am Menschen. Es gilt nicht, »neue« Arbeit aus dem Hut zu zaubern, sondern die vorhandene Arbeit gerecht zu verteilen. Das meint nicht einfach, dass wir die Arbeitsplätze gleichmäßig auf alle arbeitsfähigen Menschen umlegen. Es meint vielmehr, dass wir uns alle menschlichen Tätigkeiten – im Erwerbsleben, in der Reproduktion, in der eigenen Entwicklung und in der Politik – auf die einzelnen Bereiche in gleichen Proportionen verteilt denken.

Da wir in solcher Berechnung viel zuviel Arbeit haben, gehen wir zunächst von einem Arbeitstag von sechzehn Stunden aus. In ihm haben die vier Dimensionen des Lebens, idealtypisch gerechnet, jeweils vier Stunden Raum. Das ist natürlich nicht mechanisch gedacht und mit der Stoppuhr abzuleisten, sondern dient als eine Art Kompass, der unsere Schritte lenken kann.

Erwerbsarbeit

Im ersten Bereich, in dem bekannten der Erwerbsarbeit, wird sogleich offenbar, dass das Gerede von einer Krise, weil uns die Arbeit ausgehe, von einem äußerst restriktiven Arbeitsbegriff ausgeht und an diesem festhalten will – koste es, was es wolle. Vom Standpunkt des gesamten Lebens und seiner menschlichen Führung sieht die Sache radikal anders aus. Zur neuen Leitlinie in der Politik um Arbeit wird eine notwendige Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit für alle auf ein Viertel der aktiv zu nutzenden Zeit, also auf vier Stunden. Auf diese Weise erledigt sich das Problem der Arbeitslosigkeit – wir haben dann weniger Menschen als Arbeitsplätze – mitsamt Prekariat und Teilzeitarbeit und den sogenannten Migrant*innenströmen. Denn so gesehen, gehen alle einer Teilzeitarbeit nach, und dieser Begriff hat aufgehört, etwas sinnvoll zu bezeichnen. Wir können uns konzentrieren auf die Qualität der Arbeit und auf die Frage, ob sie angemessen berücksichtigt, wie Menschen darin ihre Fähigkeiten verausgaben. So wird es nicht mehr nötig sein, den ganzen Tag die gleichen Handgriffe zu betätigen; aber auch die moderne Form der Bildschirmarbeit gehört kritisch aus der einseitigen Belastung in ein Arbeitskonzept überführt, das eine größtmögliche Abwechslung mit einer Entwicklung aller Sinne verbindet.

Reproduktionsarbeit

Die Reproduktionsarbeit, zweiter Bereich der vier Dimensionen des Lebens, ist nicht bloß als Haus- und Familienarbeit zu begreifen. In ihr bündelt sich alles, was für eine Wiederherstellung von Zivilgesellschaft nötig ist. Sie beinhaltet die Arbeit an sich selbst und an anderen Menschen – was wir als das Menschliche an Menschen zu nennen gewohnt sind. Und was Marx dazu brachte, mit Charles Fourier zu erkennen, dass »der Grad der weiblichen Emanzipation das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation« sei, weil »hier im Verhältnis des Weibes zum Mann, des Schwachen zum Starken, der Sieg der menschlichen Natur über die Brutalität am evidentesten erscheint«. Wenn auch die Schwächeren in gleichem Maße wachsen können, zeigt sich das wahrhaft Menschliche, wozu auch die Liebe gehört. Denn, so Marx, entscheidet es sich am »Verhältnis des Mannes zum Weibe (…) inwieweit das Bedürfnis des Menschen zum menschlichen Bedürfnis (…) geworden ist, inwieweit er in seinem individuellen Dasein zugleich Gemeinwesen ist.« Eingeschlossen sind also auch die Fragen der Alten, der Behinderten, der Kranken, bis hin zum Verhältnis zur Natur. In einem Märchen wird der Zusammenhang von Ökologie und Sorge für Menschen vorausschauend vorgeführt. Da kniet eine Alte am Boden und näht die Risse in der Erde zusammen, und auf die fürsorgliche Frage des jüngsten Königssohns nach ihrem Tun fragt sie auch nach seinem und kann ihm bei seiner Suche nach dem Wasser des Lebens für den sterbenden Vater helfen.

Für die Reproduktions- und Familienarbeit bedeutet dies zuallererst eine Verallgemeinerung auf alle Menschen. So wie in unserem Vorschlag niemand aus der Erwerbsarbeit ausgeschlossen sein kann, so auch nicht aus der Reproduktionsarbeit. Alle Menschen, Männer wie Frauen, können und sollen hier ihre sozialen menschlichen Fähigkeiten entwickeln. Das erledigt den Streit ums Erziehungsgeld, ohne die Qualität der Arbeit, die hier geleistet wird, abzuwerten – ja, im Gegenteil: Jetzt erst, in der Verallgemeinerung statt in der alleinigen Zuweisung auf Frauen und Mütter, kann der Anspruch verwirklicht werden, dass Reproduktionsarbeit qualifizierte Arbeit ist und also erlernt werden muss, wie andere Arbeit auch.

Individuelle Entwicklung

Im dritten Bereich geht es darum, sich lebenslang lernend zu entfalten, das Leben nicht bloß als Konsument*in passiv, sondern tätig zu genießen und damit auch eine andere Vorstellung

Foto: imago/Westend61

Foto: imago/Niehoff

vom guten Leben entwerfen zu können. Anders formuliert: Es sollte nicht mehr hingenommen werden, dass die einen so und so viele Sprachen sprechen, tanzen, musizieren, dichten, malen und reisend wie Goethe sich weiter vervollkommnen, während andere froh sein müssen, wenn sie überhaupt lesen und schreiben können.

Alle Menschen verfügen über ein Entwicklungspotenzial, das aus dem Schlummer des Möglichen ins Leben zu holen ist. Die Betätigung aller menschlichen Sinne soll nicht mehr als Luxus erscheinen, den sich nur Reiche leisten können. Vielmehr soll jeder Mensch nach seinen Fähigkeiten leben können. Und dafür braucht es eigenen Raum und eigene Zeit für Entwicklung.

Foto: imago/xinhua

Politische Arbeit

In der vierten Dimension des Lebens, dort, wo der Mensch ein Gemeinschaftswesen ist, ein politischer Zusammenhang besteht, wird folgender Anspruch erhoben: Gesellschaft zu gestalten ist keine arbeitsteilige Spezialität. Nicht länger sollen die einen Politik machen, während die anderen – und das ist die übergroße Mehrzahl – deren Folgen ausbaden müssen.

Die vier Dimensionen menschlichen Lebens sind in einem Spannungsrahmen zu verknüpfen: Das ist der Umriss eines umfassenderen Begriffs von Gerechtigkeit, der heute vom Standpunkt von Frauen aus formulierbar ist. Er nimmt seinen Ausgang bei der Arbeitsteilung und der damit verbundenen Zeitverausgabung – er will also das Zeitregime in unserer Gesellschaft grundlegend anders gestalten.

Man könnte sich jetzt vornehmen, die vier Bereiche Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit, individuelle Entwicklung und politische Arbeit je für sich zu verfolgen. Das würde wiederum auf eine Arbeitsteilung hinauslaufen, bei der einzelne Gruppen je einen isolierten Bereich als ihr Markenzeichen besetzen. Die einen, gewerkschaftlich orientiert, betrieben klassenbewusst eine Arbeiter*innenpolitik, die für Erwerbstätige greifen kann. Die anderen suchten eine Perspektive aus der Vergangenheit hervor, eine Utopie für Mütter nach rückwärts, die uns Frauen lebendigen Leibes ans Kreuz der Geschichte nagelt, wie der Philosoph Ernst Bloch dies ausgedrückt hat. Die Dritten setzten auf die Entwicklung einer Elite, die olympiareif zeigt, was menschliche Fähigkeiten sein können. Die Vierten verfolgten partizipative Politikmodelle in unwesentlichen Bereichen: Sie würden das Fernsehen zu einer Modellanstalt von Zuschauer*innenwünschen machen, die Belegschaft in die Gestaltung des Weihnachtsfestes miteinbeziehen oder die Bevölkerung an der Mülltrennung beteiligen. In allen Fällen wird man erfahren, dass jeder Bereich, für sich zum Fokus von Politik gemacht, langfristig reaktionär wird.

Keine einseitige Lösung, sondern alles für alle

Die vier für ein menschliches Leben zusammengehörenden Bereiche treten im wirklichen Dasein der einzelnen Menschen zumeist nicht nur getrennt, sondern sogar gegeneinander gerichtet auf, als seien sie sozusagen miteinander verfeindet. Familienarbeit steht gegen die Möglichkeit, erwerbstätig zu sein, beide behindern die Entfaltung aller Sinne und wie selbstverständlich stehen sie alle drei der Teilhabe an Politik gegenüber: Sie wieder zusammenzufügen, braucht ein anderes Zeitregime, ein anderes Demokratieverständnis, eine andere Vorstellung von menschlicher Entwicklung, andere Gerechtigkeit, die die Frage der Arbeitsteilung einbezieht. Gerade in den Widersprüchen, die aus der Gegeneinanderstellung der Bereiche sich auftun, gilt es, Politik zu machen. Hier ist Veränderung, ist auch erneuerndes Denken möglich. Denn es handelt sich um einen Herrschaftsknoten – aus Klassenfragen, Geschlechterverhältnissen, Menschsein und Politik –, in dem Frauen an strategischer Stelle sitzen. Was als gegensätzlich auftritt, ist nicht auch als unveränderbare Gegensätze zu akzeptieren. Nicht ja oder nein zu denken, nicht in Freund- oder Feindschemata zu verfallen. In jedem Falle gilt es, aus den einseitigen Lösungen auszusteigen und eine Veränderung, die das Zusammengehörige bündelt, zu suchen.

Die politische Kunst liegt also in der Verknüpfung der vier Bereiche. Keiner sollte ohne die anderen verfolgt werden, denn angezielt ist eine Lebensgestaltung, die umzusetzen wahrhaft lebendig wäre, sinnvoll, eingreifend und lustvoll zu genießen. Dies ist kein Nahziel, nicht heute und hier durchsetzbar. Aber es kann als Kompass dienen für die Bestimmung von Nahzielen in einer Politik mit diesem Fernziel, als Maßstab für unsere Forderungen, als Basis unserer Kritik, als Hoffnung, als konkrete Utopie, die alle Menschen auf dem gesamten Globus einbezieht und in der endlich die Entwicklung jedes und jeder Einzelnen zur Voraussetzung für die Entwicklung aller werden kann.

von Dr. Frigga Haug

bis 2001 Professorin für Soziologie an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik. Redakteurin u .a. des »Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus«

Die DDS-Redaktion diskutiert schon seit längerer Zeit über die Vorteile, die es gerade für weibliche Aktive hätte, könnten Funktionen in den Gremien der GEW im Rahmen von Teamlösungen übernommen werden (siehe dazu z. B. »Die GEW ist weiblich ...« in der DDS vom März letzten Jahres). Auch aus dem vorstehenden Artikel von Dr. Frigga Haug lässt sich diese Frage ableiten. In mehreren anderen Landesverbänden der GEW gibt es diese Möglichkeit bereits und auch in der GEW Bayern wird mittlerweile die Diskussion geführt.

Aus der GEW Hessen hat uns dieser Erfahrungsbericht erreicht:

Vorsitz im Team

Für die GEW Hessen ein gutes Modell

Nach zwölf Jahren als Vorsitzender der GEW Hessen hatte sich Jochen Nagel schon auf seinen Ruhestand eingestellt. Er wollte bei der Landesdelegiertenversammlung im November vergangenen Jahres nicht mehr kandidieren. Über seine Entscheidung hatte er seinen Landesverband bereits informiert. Doch es kam alles ganz anders.

Ein Blick zurück: Nachdem Nagel die entsprechenden Gremien der GEW Hessen darüber informiert hatte, dass er beabsichtige, nicht mehr für den Vorsitz zu kandidieren, begann die Suche nach potenziellen Nachfolgerinnen und Nachfolgern. Eine Suche, die sich als sehr schwieriges Unterfangen herausstellen sollte. Sehr groß waren die Fußstapfen, die Nagel in den langen Jahren seiner Vorsitzendentätigkeit hinterlassen hatte. Eine speziell eingerichtete Perspektivenkommission lotete die personellen Möglichkeiten aus. Dabei kristallisierte sich ein Modell heraus, das mögliche Kandidat*innen für die Nachfolge sicherte: die Bildung eines Vorsitzendenteams.

Diese Idee brachte neue Möglichkeiten mit sich. Denn es fanden sich Mitglieder, die bereit waren, unter diesen Bedingungen zu kandidieren. Die hohe Hürde wurde ganz offenkundig im Team nicht mehr als ganz so hoch empfunden. Revolutionär neu war der Einfall, auf eine Teamlösung zurückzugreifen, freilich nicht. Bereits zahlreiche Kreis- und Bezirksverbände der hessischen GEW werden auf diese Weise schon seit vielen Jahren erfolgreich geführt, Selbiges gilt für viele Fachgruppenvorstände. Auch an der Spitze des Landesverbands hatte man in der Vergangenheit gute Erfahrungen mit Teams gesammelt. So teilten sich bereits in den vergangenen Jahren zwei Kolleginnen den Stellvertreter*innenposten.

Vorsitz im Team löst Diskussionen aus

Dennoch: Die Besetzung des Vorsitzendenpostens im Team hat eine andere Qualität, weshalb es selbstverständlich einige Diskussionen gab. Ist es nicht besser, wenn nur eine Person als Ansprechpartner*in dient? Wie sieht es überhaupt mit den Zuständigkeiten aus? Muss man am Ende gar befürchten, dass sich das alte Sprichwort bewahrheitet und viele Köche den Brei verderben? Skepsis machte sich durchaus bemerkbar und führte in den einzelnen Gliederungen der Gewerkschaft zu Diskussionen.

Hinzu kam, dass das Kandidat*innenkarussell für ein Vorsitzendentandem noch einmal rotierte. Die angedachte Teamlösung mit einer Frau, der bisherigen stellvertretenden Landesvorsitzenden Birgit Koch, und einem Mann schien sich bereits vor der Landesdelegiertenversammlung zu erübrigen, da der Kandidat seine Zusage aus privaten Gründen kurzfristig zurückziehen musste. Die Zeit drängte. Auf die Schnelle war es schwierig, einen neuen Kandidaten zu finden. Aufgrund der veränderten Situation signalisierte der seitherige Vorsitzende seine Bereitschaft, nochmals zu kandidieren – im gleichberechtigten Team mit Birgit Koch.

Breite Zustimmung auf der Landesdelegiertenversammlung

Große Debatten über die Vor- und Nachteile eines Vorsitzendenteams gab es bei der Landesdelegiertenversammlung dann nicht mehr. Die Delegierten stimmten über eine Satzungsänderung der GEW Hessen ab, sodass die Funktion des oder der ersten Vorsitzenden auch von zwei Personen ausgeübt werden kann. Das Duo Nagel/Koch wurde dann mit großer Mehrheit von den Delegierten gewählt. Und es deutet nichts darauf hin, dass dieser Vertrauensvorschuss der Versammlung völlig unbegründet vergeben wurde.

Was die Besetzung der Stellvertreter*innenposten betrifft, so bleibt alles beim Alten. Weiterhin sind es zwei Frauen, die sich das Amt teilen. Lediglich ein Name hat sich geändert. Für Birgit Koch rückte Maike Wiedwald auf, während die langjährige Stellvertreterin Karola Stötzel bestätigt wurde.

Fazit

Als alleinige Vorsitzende hätte Birgit Koch nicht kandidiert. Es war also die Teamlösung, die sie dazu bewog, sich zur Wahl zu stellen. Und auch Jochen Nagel machte seine erneute Kandidatur von einer Doppelspitze abhängig. Es wird an diesem Fall deutlich, dass der Vorsitz im Team nicht nur eine Möglichkeit ist, Mitglieder zur Kandidatur zu ermutigen, denen das Amt alleine zu viel wäre. Es ist außerdem eine Chance, verstärkt Frauen in wichtige Funktionen der Gewerkschaft zu bringen. Eine Frau und ein Mann an der Spitze, zwei Frauen in der Stellvertretung – die Mehrzahl der weiblichen Mitglieder im Landesverband wird im Vorstand der GEW Hessen ganz offenkundig entsprechend repräsentiert.

von Holger Giebel

Lehrer an einem Gymnasium in Südhessen und Mitglied der GEW Hessen

Kontakt: hgiebel@web.de

Macht Sprache sichtbar?

Zur Wahrnehmung von Geschlechtergerechtigkeit im Alltag

In der gesprochenen und geschriebenen Sprache werden meist männliche Formen benutzt. Frauen sind dann zwar mitgemeint, werden aber nicht ausdrücklich erwähnt.

Demgegenüber sorgte bereits in den 1970er-Jahren die feministische Linguistik für einen geschlechtergerechten Sprachgebrauch. Dieser wurde in jüngster Zeit erweitert, um auch dem Gender-Gap gerecht zu werden. Wir fragten bei vier GEW-Kolleginnen nach, was sie davon halten.

DDS: Hältst du es für notwendig, dass auch in der Sprache Ungerechtigkeiten, die es zwischen den Geschlechtern gibt, ausgedrückt werden?

Annika Schramm: Ungerechtigkeiten sollten auf keinen Fall ausgedrückt werden, wenn, dann Gleichheit. Ich bin 27 Jahre alt und habe in meinem bisherigen Leben als Frau keinerlei Diskriminierung erfahren, sondern alle Freiheiten dieser Welt genossen. In meiner Generation nehme ich dieses Problembewusstsein im Gegensatz zur Generation meiner Eltern eigentlich gar nicht mehr wahr. Deshalb scheint mir die Verwendung von speziellen sprachlichen Formen wie Studentinnen und Studenten, Student_innen, StudentInnen, Studenten/innen, Student*innen oder Studierende eher unnötig umständlich. Manche verwenden die Formen dann bei manchen Wörtern, bei anderen nicht. Das ist eher verwirrend.

Ich fühle mich als Frau genauso mit Student, Lehrer, Bürger, Kollege etc. angesprochen, genauso wie man sich auch als Transsexueller, Butch oder Hermaphrodit inbegriffen fühlen kann. Der Ausschluss dieser Gruppen wird nach meinem Gefühl mit den existierenden Formen noch verstärkt, auch wenn sie durch den Unterstrich oder ein Sternchen eingeschlossen sein sollen. Wie soll das dann in der gesprochenen Sprache klingen?

Eine tolle Lösung hat das Englische, das die geschlechtsspezifischen Formen einfach weglässt. Jeder ist student, und wenn man das Geschlecht betonen will, sagt man male student oder female student. Im Deutschen könnte man nach diesem System die weiblichen Formen eben gerade abschaffen und selbstverständlich davon ausgehen, dass Studenten alle meint, und sonst von männlichen oder weiblichen Studenten sprechen. Um das Umdenken zu erleichtern könnte man auch eine neue Form bilden, wie etwa Studenti. Wenn man schon dabei ist, sollte man gleich auch noch das »Sie» abschaffen.

Miriam Herrmann: Grundsätzlich: ja. Ich denke aber, dass die konsequente Benutzung auch der weiblichen Form in der Sprache nicht unbedingt immer ausgedrückt werden muss. In den 70er-Jahren hatte das sicher seinen Grund und seine Berechtigung.

Im Alltag finde ich es teilweise schlicht und einfach oft etwas nervig und lästig, immer beide Varianten zu berücksichtigen.

Ich glaube, die Emanzipation ist inzwischen so weit fortgeschritten, dass diese Form des Ausdrucks nicht immer notwendig ist. Ich würde es von der Art des Textes, den Adressaten und dem Kontext abhängig machen. Eine Möglichkeit wäre, am Anfang eines Textes noch einmal explizit darauf aufmerksam zu machen, dass selbstredend beide Geschlechter gemeint sind, auch wenn nur die männliche (oder nur die weibliche) Form benutzt wird.

Annika Schramm ist Studentin für das Lehramt Gymnasium und arbeitet in der Lehramtskampagne der GEW in München mit.

Miriam Herrmann ist Lehrerin und Schulleiterin von ISuS – Integration durch Sofortbeschulung und Stabilisierung, Trägerkreis Junge Flüchtlinge e. V., München.

Katharina Hauck arbeitet als Sozialpädagogin im Euro-Trainings-Centre ETC e.V., München.

Unsere Kollegin **Marianne Walther** war Berufsschullehrerin und ist heute Pensionistin. Sie hatte uns darauf hingewiesen, dass auf Fotos von Demonstrationen junger Lehrer*innen, die wir veröffentlicht hatten durchgängig die männliche Form benutzt wird. Dies war für uns Anlass für diese Nachfragen bei unterschiedlichen Kolleginnen, also selbstverständlich auch bei Marianne Walther. Ein Foto von sich wollte Marianne hier allerdings nicht sehen.

Ich selbst bin nicht immer konsequent in der Benutzung des geschlechtergerechten Sprachgebrauchs bzw. wäge je nach Textart und Adressat meine Schreibweise ab, fühle mich dabei aber oft selbst nicht ganz wohl.

Marianne Walther: Wie ihr so schön schreibt, seit den 70er-Jahren finde ich es notwendig und bin entsetzt, dass es nach 40 Jahren immer noch notwendig ist, dazu überhaupt noch Fragen stellen zu müssen bzw. darüber immer noch reden zu müssen. Eine alte DDS vom letzten Jahr: Eure Sprache in den Artikeln selbstverständlich geschlechtergerecht – die Bilder von den Transparenten einer Demo: Nur männlicher Sprachgebrauch und diese Transparente werden vor allem von Gewerkschaftsfrauen gehalten. Ganz schön beschissen.

Katharina Hauck: Ich halte es für notwendig, denn in der deutschen Sprache überwiegt doch eher der männliche Sprachgebrauch wie z. B. Mannschaft etc. Frauen fühlen sich eher angesprochen, wenn es Studentinnen und Studenten heißt. Es ist auch in manchen Situationen ein wesentlicher Unterschied, ob ich zur einer Frauenärztin oder zu einem Frauenarzt gehe oder ob ich eine Lehrerin oder einen Lehrer habe etc.

Sprache ist nur ein Mittel, um gesellschaftliche Ungerechtigkeiten kenntlich zu machen. In welchen Lebensbereichen siehst du den größten Nachholbedarf bei der Frage der Ungerechtigkeit der Geschlechter?

Annika Schramm: Gleichstellung kann im Bereich der Unternehmen noch deutlich verbessert werden. Frauen und Männer sollten für gleiche Arbeit auch gleich bezahlt werden (nicht 23 % weniger) und junge Frauen dürfen nicht benachteiligt werden, weil sie Kinder bekommen könnten. Im Bereich der verantwortungsvollen und führenden Positionen ist es sehr zu begrüßen, dass immer mehr Frauen ihren Platz dort finden. Die Frauenquote kann sich aber selbstverständlich noch von 30 % auf 50 % erhöhen. Als Fortschritt ist auch zu sehen, dass die Grenzen typischer »Frauenberufe« und »Männerberufe« aufgeweicht werden. Außerdem wäre es schön, wenn flexible Gestaltungsmöglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf Standard wären.

Miriam Herrmann: Eindeutig in der ungerechten und ungleichen Bezahlung von Männern und Frauen. Erst vor wenigen Tagen, Anfang Januar 2015, wurde in der SZ auf die nach wie vor ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen hingewiesen.

Ebenso sollten viel mehr Frauen in hohen und Führungspositionen sein.

Die typischen »Frauenberufe« wie Erzieherin, Sozialpädagogin, Krankenpflegerin müssten viel besser bezahlt und damit anerkannter werden.

Marianne Walther: Oh je, soll ich den ganzen Katalog, den wir täglich erleben und sehen, aufzählen. Die Frage finde ich zu allgemein.

Was mir persönlich am Herzen liegt ist, dass ich mir wünsche, dass junge Frauen nicht in die Falle stolpern, es wäre doch alles wunderbar. Und für uns alle zu realisieren, dass es eben nicht nur zwei Geschlechter gibt.

Katharina Hauck: Soziale Berufe: Klar ist, wir leben in einer kapitalistischen Gesellschaft, die eher produktorientiert ist, von daher werden diese Berufe auch schlecht bezahlt. Höhere Gehälter in den klassischen Frauenberufen wären ein großer Nachholbedarf!

Kinderkrippen, Kindergärten für alle Kinder, damit Mütter arbeiten können und in ihre Rente einzahlen können. Denn die Altersarmut ist weiblich.

Sensibilisierung für Sexismus in den Medien. Müssen immer halbnackte Frauen für Autos werben?

Frauenbeauftragte in jedem Betrieb, damit sich Mitarbeiterinnen gegen Sexismus in Betrieben beraten und wehren können.

Mehr Sicherheit für Frauen wie z. B. Frauenparkplätze, gut beleuchtete Hinterhöfe etc. Aber auch Sensibilisierung für Gewalt gegenüber Frauen, etwa durch mehr Werbung in der U-Bahn von Frauennotruf, IMMA und ähnlichen Einrichtungen. Damit jede Frau weiß, wohin sie sich wenden kann.

Evtl. aber auch mehr Männergruppen, wo sich Männer mit ihrem eigenen Sexismus auseinandersetzen können.

Foto: imago/IPON

Sollte die GEW einer geschlechterbewussten Sprache Bedeutung beimessen?

Annika Schramm: Ich verstehe, dass viele Menschen Zeiten erlebt haben, in denen Frauen noch viel stärker benachteiligt waren als heute und sie daher besonderen Wert auf die Betonung der Gleichstellung legen. Jedoch finde ich wie gesagt, Männlich-weiblich-Formen weniger geeignet Gleichheit auszudrücken als eine Form für alle.

Miriam Herrmann: Auf jeden Fall, aber in der Weise wie es derzeit gehandhabt ist, finde ich es absolut ausreichend.

Marianne Walther: Diese Frage sollte keine Einzelgewerkschaft mehr stellen: siehe Frage 1 und 2

Katharina Hauck: Ja, aber dieses Mitarbeiter_innen finde ich etwas übertrieben oder das Sternchen ist echt schwer zu lesen manchmal.

Die Interviews führte
Ute Schmitt, DDS-Redakteurin

Der Schwule und die Schlampe

Sexualisierte Schimpfworte in der Schule

© Kampagne »Uns geht's ums Ganze – Mädchen und Frauen für Selbstbestimmung« des Münchner Fachforums für Mädchenarbeit (2011-14)

»Schwule Sau«, »Schlampe«, »Hurensohn«, »Bitch« – die meisten Schimpfworte in der Schule beziehen sich auf Sexualität. Sie haben eine größere »Schlagkraft« und verletzen auf besondere Weise. Warum? Nun, jemanden wegen der sexuellen Orientierung oder Geschlechterrolle als »anders« zu bezeichnen, war schon immer ein machtvolles Beschämungsmittel. Und: Sexuelle Denunziation als Strategie, um jemanden wirkungsvoll »fertigzumachen«, hat eine lange Tradition. Lehrer*innen und Schulsozialpädagog*innen sind davon oft genervt und frustriert. Der moralisierende Umgang wie »Solche Worte benutzen wir hier nicht!« hilft meist nicht weiter. Wäre es da nicht sinnvoller, derartige Sprüche zu ignorieren, bis sie von selbst wieder verschwinden? Hinter dieser Idee steht auch die Hoffnung, dass diese Worte unter bestimmten Umständen gar keine Schimpfworte mehr sind, sie also nicht sexuell gemeint und damit auch »nicht so schlimm« sind.

Der Begriff »schwul«

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass das Wort »schwul« von den Akteuren der Schwulenbewegung der 1970er-Jahre aufgegriffen und für sich selbst positiv und provokativ umgedeutet wurde. »Ich bin schwul« ist insofern dann auch kein Schimpfwort. Ebenso dann nicht, wenn jemand beschreibend, also nicht wertend über einen Kollegen sagt: »Nein, der hat keine Freundin, der ist schwul.« Verächtlich wird der Gebrauch des Wortes erst, wenn ein Junge zu einem anderen sagt »Du bist doch eh schwul!« oder – noch deutlicher – wenn jemand als »schwule Sau« beschimpft wird. Sexualisierte Schimpfworte drücken dann Sexismus und Homophobie aus, sind also eine Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Kommt diese im rassistischen oder behindertenfeindlichen Gewand daher, ist fast allen klar, dass man etwas dagegen sagen muss. Bei sexuell gefärbten Beleidigungen bestehen dagegen oft Zweifel, obwohl es ums Gleiche geht.

Wie sieht es aber aus, wenn das Wort »schwul« gar nichts mehr mit der sexuellen Orientierung zu tun hat, wenn Gegenstände oder Handlungen als schwul bezeichnet werden? Wenn sich beim Volleyball die Spieler*innen »Spiel nicht so schwul!« zurufen, hat dies auf den ersten Blick scheinbar nichts mit sexueller Orientierung zu tun. »Schwul spielen« steht hier für verkrampft spielen oder als Junge vielleicht eine »unmännliche« Körperhaltung (was ist das eigentlich?) einzunehmen. Doch das Wort »schwul« hat auch hier eine negative Konnotation. Es steht für unangenehm, störend, peinlich, uncool. Damit wird also auch ausgedrückt: Schwul ist nicht normal, nicht wünschenswert.

Die Begriffe »Schlampe« und »Bitch«

»Schlampe« bezeichnete früher eine unordentliche Person, heute wird der Begriff fast ausschließlich für Mädchen oder Frauen gebraucht, die (angeblich) mit mehreren oder verschiedenen Männern schlafen und dabei Spaß haben. Zentral ist die Missbilligung für freiwillig gewählte »g'schlamperte Verhältnisse«. »Bitch« (engl.) bedeutet »Hündin« und wird manchmal auch im Sinne von »Zicke«, meist aber bedeutungsgleich wie »Schlampe« verwendet. Ein eindeutiges Schimpfwort also.

Manchmal bezeichnen sich Mädchen selbst oder auch andere als Bitch, ohne beleidigend sein zu wollen. Dann schwingt Anerkennung für eine mit, die tough ist, sich von Vorschriften nicht gängeln lässt,

sich selbstbewusst den Sex holt, auf den sie Lust hat. Also auch hier eine Ambivalenz des Begriffs.

Was macht den Reiz aus?

Möchte man mehr über die Motive erfahren, warum Jugendliche derartige Schimpfworte gebrauchen, lohnt es, die Entwicklungsaufgaben, die sie in der Pubertät bewältigen müssen, in den Blick zu nehmen. Im Zuge der Ablösung von der Herkunftsfamilie erkennen viele von ihnen, dass ihre Eltern nicht so allwissend und unfehlbar sind, wie sie es als Kinder fantasiert hatten. Umso wichtiger wird die Zugehörigkeit zu Gleichaltrigen in einer Peergroup. Die eigene Unsicherheit verstärkt den Drang nach Gemeinsamkeit. Eine Gruppe schließt sich auch zusammen, indem man jemanden findet, der*die »anders« ist. Beleidigt man diese*n andere*n, kommt man dem Wunsch näher, in der eigenen Gruppe anerkannt zu werden.

Gleichzeitig dient es der Abgrenzung von der Erwachsenenwelt – eine wichtige Motivation. Indem Jugendliche besonders derbe, abwertende Begriffe benutzen, lassen sie sich nicht auf die Konventionen höflicher, erwachsener, »politisch korrekter« Sprache ein. Mit sexistischen oder schwulenfeindlichen Sprüchen provozieren sie Erwachsene rasch und wirkungsvoll. Sie haben Spaß daran, diese »auf die Palme zu bringen«.

Die besondere Zeit der Pubertät

Ein wichtiger Aspekt der Pubertät ist es, in die eigene Geschlechterrolle »hineinzufinden« und sich mit vorgegebenen Vorstellungen über Männer und Frauen auseinanderzusetzen. Dabei wird die Männlichkeit selten positiv definiert. Als männlich gilt, was nicht »weibisch« ist. In der traditionellen Männerrolle ist Bi-Sein, Schwul-Sein oder gar Nicht-Mann-Sein-Wollen nicht vorgesehen. Umso klarer muss »mann« machen, dass man kein Weichei ist. Das gilt vor allem für Jungen, die spüren, dass sie für ihr weiteres Leben nur über wenige materielle Ressourcen verfügen. Umso näher liegt dann der Rückgriff auf symbolische Ressourcen, wobei die wichtigste die »Männlichkeit« ist. Zu ihrem klassischen Bild gehört das Gefühl der Überlegenheit. Deshalb reicht es auch nicht zu sagen »Die sind anders als ich, weil die schwul sind«. »Ich bin besser als die, weil ich männlicher bin«, heißt die Losung. Verspürt ein Jugendlicher gleichzeitig eigene homosexuelle Wünsche und Anteile – auch wenn sie noch so klein sind –, gefährden diese ihn so stark, dass er sie nicht wahrhaben will und kann. Einfacher ist es dann, diese Anteile bei anderen, den »Perversen«, zu sehen und zu bekämpfen.

Die klassisch weibliche Geschlechterrolle gibt Mädchen vor, hübsch und attraktiv sein zu müssen. Was damit gemeint ist, bestimmen die Schönheitsideale der Jungs und Männer. Gleichzeitig sollen sie »anständig« sein. Während sexuelle Erfahrungen das Ansehen von Jungen bei ihren Geschlechtsgenossen steigern, gilt für Mädchen das Gegenteil. Traut sich eine mehr, läuft sie schnell Gefahr, abqualifiziert zu werden. Beschimpft ein Mädchen ein anderes als »Schlampe«, sagt sie damit auch: »Ich bin die Bessere, moralisch Höherstehende.«

Jungen beschimpfen ein Mädchen manchmal als Schlampe, wenn sie dieses zwar toll und sexy finden, bei ihr aber nicht landen konnten. Die durch die Ablehnung verletzte Männlichkeit rächt sich dann umso bösartiger.

Sexuelle Beschimpfungen dienen also allzu oft dazu, sich der eigenen Geschlechterrolle zu versichern und sich auf Kosten anderer eine bessere Position im Gruppengefüge zu verschaffen.

Mögliche Handlungsoptionen der Erwachsenen

Hintergründe für solche Beleidigungen bedeuten aber nicht, dass sie hingenommen werden sollten. Bezieht eine pädagogische Fachkraft diese aber in ihre Überlegungen, wie sie reagieren möchte, mit ein, fällt ihr die Entscheidung über den einzuschlagenden Weg vielleicht leichter. Die Bandbreite an Reaktions- bzw. Interventionsmöglichkeiten ist dabei groß:

Klärung der Inhaltsebene: Gerade Jüngere wissen oft gar nicht, was z. B. »schwul« genau bedeutet. Sie wissen nur, dass sie damit andere beleidigen können. »Sag mal, weißt Du eigentlich, was schwul heißt?« ist ein wichtiger erster Schritt des Intervenierens. Bei der Erklärung sollte es dann aber nicht nur um die sexuelle, sondern auch um die emotionale Komponente gehen.

Klärung der Sprachebene: Wichtig ist auch, ein Gespür für den eigenen Sprachgebrauch zu entwickeln. Werden Beleidigungen ausgesprochen, sollte auch die sprachliche Dimension Thema werden: »Wie schätzt Du das ein? Ist ›Schlampe‹ ein Wort, das man im Unterricht verwenden kann oder sollte man es lassen, weil es das Miteinander gefährdet?«

Klärung der Absicht des Sprechers: »Du sagst heute schon zum zehnten Mal ›Schwuchtel‹. Wofür soll das gut sein?« Die Frage mag naiv erscheinen. Manchmal setzt sie aber Denkprozesse in Gang. Allerdings ist dann ein Nachhaken nötig und wichtig.

Der Perspektivenwechsel: Bei dieser Variante sollen sich die, die beleidigen, in die Situation des*der Beleidigten versetzen. »Wie würde es Dir denn gehen, wenn Dich dauernd jemand Kanake/Brillenschlange/Fettsack nennen würde?« Weil die Antwort meist »Ist mir doch egal!« lautet, ist hier Hartnäckigkeit gefragt: »Nein, das glaube ich Dir nicht, dass es Dir nichts ausmachen würde.«

Die eigene Haltung vermitteln: Steht das pädagogische Team bzw. die Schule für Vielfalt, ist damit auch klar, dass es keine einheitlichen Meinungen geben kann. Wird dies auch nur implizit eingefordert, indem man anders Denkende und Handelnde beleidigt, gilt es, sich deutlich zu positionieren: »Wir reden jetzt nicht darüber, mit wem x angeblich rumgemacht hat, sondern darüber, dass hier niemand so wie alle anderen sein muss, um dazuzugehören.«

Persönliche Stellungnahme abgeben: Dosiert eingesetzt, hilft dieser Weg vor allem dann, wenn eine Diskussion immer wiederkehrt oder sich im Kreis dreht. »Wenn einer sagt, die Schwulen gehören alle zusammengeschlagen, finde ich das genauso ätzend, wie zu sagen ›Ausländer raus‹. Beides ist menschenverachtend und darüber diskutiere ich auch nicht mehr.«

Unabhängig von diesen schnellen Reaktionsvarianten kann es sinnvoll sein, einzelne Themen umfassend zu bearbeiten. Denkbar ist eine Podiumsdiskussion zum Thema Beleidigungen oder die Einladung eines Aufklärungsprojekts zu lesbisch-schwulen-transgender Lebensweisen. Auch eine methodische Auseinandersetzung mit Männlichkeits- und Weiblichkeitsanforderungen kann weiterhelfen.

von Sebastian Kempf
Diplom-Sozialpädagoge (FH) im sexualpädagogischen Team der pro familia München
Kontakt:
sebastian.kempf@profamilia.de

Foto: imago/epd

»Besorgte Eltern« – ein rechtspopulistisches Netzwerk

Seit 2014 ruft die Initiative »besorgte Eltern« bundesweit zu Demonstrationen auf. Gekommen sind bisher zumeist nur ein paar Hundert. An Aufgeben denkt der Initiator, Mathias Ebert, trotzdem nicht. Dieses Jahr standen bereits Augsburg (17.1.) und Hamburg (24.1.) auf dem Programm. Bayern wird 2015 noch mit fünf weiteren Veranstaltungen rechnen müssen: in München (28.3.), Augsburg (16.5., 22.8. und 7.11.) und Nürnberg (auch am 7.11.). München wäre bereits der zweite Versuch. Der erste, am 10.5.2014, schlug fehl. Nachdem sich die Bürgerinitiative Ausländerstopp, die NPD-Tarnorganisation um den Münchner Stadtrat Karl Richter, die Veranstaltung derart zu eigen gemacht hatte und Gegenproteste drohten, zog der Veranstalter die Anmeldung wieder zurück.

»Besorgte Eltern« und ihr Netzwerk

Mathias Ebert tauchte Mitte 2013 im Internet mit der Video-Geschichte auf, dass ein Elternpaar jeweils für einen Tag ins Gefängnis musste, weil ihre Tochter den Aufklärungsunterricht in der Schule angeblich aus freien Stücken zweimal verlassen hatte. Die Story war der Grundstein für den Zusammenschluss »besorgter Eltern«. Inzwischen solidarisieren sich mit ihnen über die deutschen Grenzen hinweg Einzelpersonen und Gruppierungen, die in der erzkonservativen Ecke zu Hause sind. Auf der Blogseite wird das Expertennetzwerk der Initiative benannt. Mit dabei ist z. B. die »Aktion Kinder in Gefahr«, die zum Verein »Deutsche Vereinigung für eine Christliche Kultur e. V. (DVCK)« gehört: militante Abtreibungsgegner*innen, die Angst schüren und dem Kreationismus mindestens wohlgesinnt sind. Sie sammeln u. a. Unterschriften für das Verbot der »Bravo« und bieten reißerische Publikationen wie »Ehe und Familie im Sperrfeuer revolutionärer Angriffe« an.

Auf der Demonstration in Dresden am 16.11. sprach der Rechtspopulist Jürgen Elsässer, der u. a. »Compact« herausgibt. Ein Magazin, das nicht nur laut »Süddeutscher Zeitung« einen »Hang zu Verschwörungstheorien« hat. Die Compact-Sonderausgabe zum Thema »Feindbild Familie – Politische Kriegsführung gegen Eltern und Kinder« wird auf der Webseite der »besorgten Eltern« beworben.

Die Demos in Augsburg organisieren Wadim Renner und seine Tochter Julija. Beide sind Mitglieder der Embassy of God, einer evangelikalen Freikirche aus der Ukraine, deren Gründer dafür sorgen möchte, dass sich ihre christlich-fundamentalistischen Ansichten auch nach China, in den arabischen Raum und nach Europa ausbreiten.

Farida Belghoul sprach am 23.3. auf der Kölner Demo. Sie initiierte in Frankreich den Protest gegen den Gender-Mainstream und rief zum Schulboykott auf. Außerdem hatte sie das Jahr 2014 zum »Jahr des Rocks« erklärt, um Frauen die Jeans zu verleiden. Neben ihr sprach auch Béatrice Bourges, die in Frankreich die Sprecherin der Initiative »Le Manif pour Tous« war, die Massendemonstrationen gegen die gleichgeschlechtliche Ehe organisierte. Der Dritte im Bunde war Alain Escada aus Belgien, der Vorsitzende des Vereins »Civitas«, der der rechtsgerichteten Piusbruderschaft nahe steht.

Mathias Ebert von den »besorgten Eltern« unterhält außerdem sehr enge Kontakte zu Ivo Sasek, einem Laienprediger aus der Schweiz, der jedes Jahr zur sogenannten Anti-Zensur-Konferenz (AZK) lädt. Letztes Jahr fanden sich dort nach eigenen Angaben 2.500 Personen ein. Fassungslos macht das Interview von Mathias Ebert, das er mit Dr. Judith Reisman aus den USA zum Thema »Kindsmissbrauch – Frühsexualisierung« führte. Reismann droht: »Der einzige Weg ist, massiv zu mobilisieren – jeder, überall –, die Mächtigen aus ihrer Machtposition zu entfernen. Es braucht einen breit organisierten Einsatz und ich werde Ihnen helfen, wenn Sie möchten, dass ich komme. ... Es ist der einzige Weg, wie wir die Kinder schützen können. Das ist unser Krieg. Es wird über den dritten Weltkrieg gesprochen.

Wir sind im dritten Weltkrieg. Der dritte Weltkrieg ist der von jedem Land unterstützte Versuch, die Kinder von den Eltern zu trennen. Wir sind mittendrin und müssen dem Krieg gegenübertreten. Und das bedeutet totale Mobilisierung.« Mathias Ebert bedankte sich für die Unterstützung, die Zuschauer*innen jubelten.

Zu den Demos der »besorgten Eltern« ruft auch die Gruppierung »Terra Germania« auf, die auf ihre Webseite ein Video gestellt hat, in dem Deutschland in den heutigen Grenzen als »Verstümmelung« bezeichnet wird.

Die Ideologie – das Spiel mit der Angst

Die »besorgten Eltern« geben vor, »nur« gegen die Aufklärungsarbeit in der Kindertagesstätte und Grundschule zu sein. Dieser unterstellen sie die Indoktrination der Kinder. Doch mit ihren Parolen »Frühsexualisierung fördert Pädophilie« oder »Nein zur Pornoerziehung an Schulen« gehen sie einen Schritt weiter: Den Bildungsakteur*innen werfen sie indirekt Kindesmissbrauch vor. In Augsburg wird Mathias Ebert deutlich: »Wer Kinder damit [mit Sexualität; D. W.] konfrontiert, gehört eingesperrt.«

In ihren Reden bemühen sie sich permanent, sich gegen Homophobie auszusprechen, um gleich danach das Gegenteil unter Beweis zu stellen. So heißt es in ihrem Demo-Song »Wir sind stark im Netzwerk«: »… und so bringt ihr ihnen bei, die sexuelle Vielfalt und so manche Sauerei.« Die rückwärtsgewandte Gabriele Kuby, die die Broschüre »Gender. Eine neue Ideologie zerstört die Familie«, verfasst hat, hetzt unverhohlen auf der Webseite der »besorgten Eltern«: »Fast jeder glaubt, dass die Homosexualität eine ganz positive Option ist. Und es gibt die Homo-Lobby und die ganzen Kräfte, die dahinter stehen, die verhindern, dass noch eine andere Botschaft irgendwo ans Licht kommt. … Das ist eine totalitäre Tendenz. Es dürfen die wissenschaftlichen Informationen nicht mehr verbreitet werden – über das, wie es überhaupt zur Homosexualität kommt, … dass die Lebenserwartung um 10 bis 20 Jahre kürzer ist von homosexuell praktizierenden Männern, das alles darf nicht mehr gesagt werden.«

Weit entfernt vom Kindeswohl

Die »besorgten Eltern« befürchten, dass eine altersgerechte Aufklärung geistige Verwirrung, Beziehungsunfähigkeit, diverse Perversionen, schließlich die Auflösung der Gesellschaft mit sich bringt. Damit setzen sie ihre Kinder permanent homophoben und reaktionären Gedanken aus. Sie instrumentalisieren ihre Kinder für ihre Interessen. Sie sind es, die menschenverachtende Thesen vertreten, die auch verbal unterste Schublade sind: »Es wird behauptet, man könne seine sexuelle Identität laufend wechseln. Heute hat man Bock auf Hetero, morgen hat man Bock auf Homo, übermorgen hat man Bock auf Sadomaso und im nächsten Jahr ist es das Schaf von hinten«, so Jürgen Elsässer am 15.11. in Dresden. »Das ist gefährlich, das lehnen wir ab!«, das Mantra seiner Rede, das er gebetsmühlenartig wiederholt. Gleichzeitig müssen die Kinder auf den Demos Schilder tragen, auf denen steht: »Finger weg von unseren Kindern!« So hält man Kinder in der Angst, dass sie in der Schule permanent Missbrauch ausgesetzt wären, gleichzeitig verwehrt man ihnen präventive Unterrichtsinhalte dagegen.

Hartmut Rus, der sächsische Sprecher des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD), sagte dazu: »Statt sich für ein mobbingfreies und wertschätzendes Klima an Schulen einzusetzen, sorgen sich diese Eltern nur um eins: Ihre eigenen Kinder könnten nicht heterosexuell werden, wenn diese von der Existenz von Lesben, Schwulen oder Transgender erfahren. Das ist Unsinn! Sollten die eigenen Kinder lesbisch, schwul oder transgeschlechtlich sein, ist das nicht erlernt. Die sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität eines Menschen lässt sich nicht verändern. … Was sich jedoch verändern lässt, ist, ob diese nach einem Coming-out Ausgrenzungserfahrungen machen oder von ihrem sozialen und schulischen Umfeld anerkannt werden und Wertschätzung erfahren.«

Was wirklich in der Kita und der Grundschule geschieht

Von diesen emanzipatorischen Gedanken ist Bayern weit entfernt.

Die bayerischen »Richtlinien für die Familien- und Sexualerziehung in den Bayerischen Schulen«, die aus dem Kultusministerium kommen, regeln, was in der Grundschule zu tun ist. Sie sind die Grundlage für den LehrplanPlus. Dort ist für die einzelnen Jahrgangsstufen festgelegt, was gelernt werden soll:

»Jahrgangsstufen 1 und 2

- Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Geschlechter (ohne detaillierte anatomisch-physiologische Einzelheiten)
- Mutterschaft und Vaterschaft
- Tätigkeiten und Aufgaben in der Familie
- Prävention von sexuellem Missbrauch: Selbstbewusstsein entwickeln, unangenehme Berührungen ablehnen können

Jahrgangsstufen 3 und 4

- Aufgaben von Vater, Mutter und Kindern in der Familie
- Verhalten von Mädchen und Buben
- Sensibilisierung für geschlechtsspezifisches Rollenverhalten, Gleichberechtigung
- Zeichen der Zuneigung und Liebe bei Kameradschaft, Freundschaft, Ehe und Familie
- Geschlechtsmerkmale bei Jungen und Mädchen, Reifungserscheinungen, Körperhygiene

In der Grundschule ist bei sexualpädagogischen Themen auf die bildliche und schriftliche Darstellung von Unterrichtsinhalten durch die Schüler zu verzichten.«

Im Kita-Bereich stellt der »Bayerische Bildungs- und Erziehungsplan« die Regeln auf. Im themenbezogenen Bildungs- und Erziehungsbereich »Gesundheit« geht es darum,

- eine positive Geschlechtsidentität zu entwickeln, um sich wohlzufühlen;
- einen unbefangenen Umgang mit dem eigenen Körper zu entwickeln;
- Grundwissen über Sexualität zu erwerben und darüber zu sprechen;
- Bewusstsein für die persönliche Intimsphäre zu entwickeln;
- angenehme und unangenehme Gefühle zu unterscheiden und Nein sagen zu können.

In den Bildungsplänen für bayerische Kitas und Schulen gibt es also gar nichts anderes außer Heterosexualität und dem traditionellen Bild von Ehe und Familie – ein Manko, das aufgrund der Propaganda der »besorgten Eltern« völlig aus dem Blick gerät. Die Forderung nach »Vielfalt statt Einfalt!« gilt also auch für die bayerischen Bildungspläne.

von Dorothea Weniger
Journalistin
Mitglied der DDS-Redaktion

Foto: imago/Gustavo Alabiso

Zehn Jahre Integrationskurse: eine Erfolgsgeschichte?

*Vor zehn Jahren wurden die Integrationskurse eingeführt. Darin sollen Einwander*innen »ausreichende Sprachkenntnisse« und Informationen über Deutschland vermittelt werden. Rund eine Million Menschen haben seitdem daran teilgenommen. Doch wie erfolgreich sind die Kurse und was tragen sie zur Integration bei? Zwei Sprachwissenschaftler*innen ziehen ein kritisches Fazit.*

Am 1. Januar 2005 trat das Aufenthaltsgesetz (AufenthG) in Kraft. Gemeinsam mit der Integrationskursverordnung (IntV) vom 13. Dezember 2004 markiert es einen entscheidenden Schritt in der Migrations- und Integrationspolitik: Zum ersten Mal wurde in Deutschland ein zentrales, einheitliches und rechtlich verbindliches Konzept der Integrationsförderung eingeführt. Rund eine Million Menschen haben seitdem an Integrationskursen teilgenommen – die Bilanz klingt nach einer Erfolgsgeschichte.

Die Integrationskurse bestehen in erster Linie aus einem Sprachkurs, der 600 Stunden umfasst. Hinzu kommt ein Orientierungskurs im Umfang von 60 Stunden, der in das gesellschaftliche Leben in Deutschland einführen soll. Darüber hinaus gibt es mittlerweile spezielle Kurse für Migrant*innen mit verschiedenen Voraussetzungen und Bedürfnissen, wie etwa Kurse mit Alphabetisierung, für Eltern oder bereits länger in Deutschland lebende Einwander*innen. Diese speziellen Kursarten dauern bis zu 960 Stunden.

Was allen Kursen gemein ist: Neben Kenntnissen über das Leben in Deutschland sollen sie in erster Linie »ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache« vermitteln. So enden alle Kurse mit dem »Deutsch-Test für Zuwanderer«. Die meisten Kursbesucher*innen kamen 2013 aus Polen (rund elf Prozent) und der Türkei (acht Prozent), gefolgt von Rumänien, Bulgarien, Syrien, Griechenland und Spanien. Rund vier Prozent waren Deutsche mit Migrationshintergrund.[1]

Nur 40 Prozent der bisherigen Kursbesucher*innen waren zur Teilnahme verpflichtet. Darunter fallen jene, die als »integrationsbedürftig« eingestuft werden – was sich in erster Linie auf ihre Sprachkenntnisse bezieht. Ob sie den Test bestehen, kann rechtliche Folgen haben, etwa für die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis, die Erteilung der Niederlassungserlaubnis oder die Aufenthaltsdauer, die einer Einbürgerung vorauszugehen hat. Eine Verletzung der Teilnahmepflicht kann zu weiteren Sanktionen führen. Rund 60 Prozent der Kursbesucher*innen waren dagegen zur Teilnahme berechtigt, konnten also freiwillig teilnehmen.[2]

Zentrale Organisation durch das BAMF

Das Angebot der Integrationskurse wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) koordiniert und gesteuert: Das BAMF zertifiziert und kontrolliert die öffentlichen und privaten Träger, die die Integrationskurse und die abschließenden Tests durchführen. Es veröffentlicht die Lehrpläne und zugelassenen Lehrmaterialien. Last but not least untersucht es die Integra-

1 Bericht zur Integrationskursgeschäftsstatistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) für das Jahr 2013

2 Vgl. Fußnote 1; § 8 Abs. 3, § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 und 8, § 9a Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und 4 AufenthG sowie § 10 Abs. 3 des StaaG

tionskurse und veröffentlicht regelmäßig Teilnehmer*innenstatistiken.

Eine Besonderheit der Integrationskurse ist die Vielfalt der Teilnehmer*innen: Sie unterscheiden sich nicht nur in Bezug auf ihre Herkunft, ihren Bildungsgrad und ihr sprachliches Vorwissen, sondern auch in Bezug auf die Gründe, ihre Heimat zu verlassen, und die Pläne, die sie mit ihrer Migration nach Deutschland verbinden. Und während einige freiwillig teilnehmen, sind andere dazu verpflichtet und müssen mit rechtlichen Folgen rechnen, wenn sie den Test nicht mit »ausreichenden Deutschkenntnissen« abschließen. Sie alle absolvieren einen Kurs mit einheitlichem Lehrplan, weitgehend einheitlichen Lehrbüchern und einheitlichem Abschlusstest.

Diese hohe Heterogenität birgt besondere Anforderungen an den Lehrplan und die Methoden der Sprachvermittlung. In den Jahren der Vorbereitungsphase der Integrationskurse gab es einen interessanten Vorschlag der Sprachwissenschaftler Utz Maas und Ulrich Mehlem: Deutschland sei ein Land mit ausgeprägter Schriftlichkeit. Einwander*innen müssten sich demnach vor allem in der schriftlichen Kommunikation zurechtfinden, um am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, sich also integrieren zu können. Die Kurse sollten in erster Linie darauf ausgerichtet sein. Ohne dass es hier eine Diskussion gab, ließ das BAMF eine weitere Expertise vom Goethe-Institut erstellen. Diese sah den Bedarf der Teilnehmer*innen vor allem in der mündlichen Kommunikation. Letzteres wurde in das 2008 veröffentlichte Rahmencurriculum aufgenommen.

Wie erfolgreich sind die Integrationskurse?

Wie die Erfahrungen angesichts dieser hohen Vielfalt und sich stets verändernden Lerngruppen sind, wissen wir nicht: Das Bundesamt diskutiert und evaluiert das Curriculum nicht. Eine Bewertung der Integrationskurse anhand der Testergebnisse führt zu ähnlichen Fragen. In einer frühen Phase der Kurse, 2006, wurde das Institut Rambøll Management mit einem externen Gutachten beauftragt. Es wies darauf hin, dass nur etwa die Hälfte der Teilnehmer*innen innerhalb von 600 Stunden die im Test verlangte Niveaustufe B1 (»ausreichende Deutschkenntnisse«) erreichten. Die meisten, denen dies gelang, hatten ein höheres Bildungsniveau und brachten bereits Deutschkenntnisse mit.

Das lässt folgende Deutung zu: Gerade die bildungsfernen Einwander*innen, die die Kurse am nötigsten hatten, profitierten am wenigsten von ihnen. Diejenigen, die aufgrund ihrer Bildung oder Vorkenntnisse ohnehin erfolgreich Deutsch gelernt hätten, waren auch hier erfolgreich. Hat sich daran inzwischen etwas geändert?

2013 schlossen 58 Prozent der Teilnehmer*innen den Integrationskurs mit einer Bescheinigung über »ausreichende Deutschkenntnisse« (Niveau B1 des »Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens« GER) ab. 33 Prozent erreichten lediglich »hinreichende Deutschkenntnisse« (Niveau A2 des GER), der Rest blieb darunter.[3]

Damit erreichten nicht viel mehr Prüfungsteilnehmer*innen das anvisierte Niveau B1 als 2006. Geändert hat sich allerdings, dass mit dem Niveau A2 ein zweites Kompetenzlevel eingeführt wurde, das jedoch eigentlich wertlos ist, da es nicht ausreicht, um mögliche rechtlichen Sanktionen zu verhindern. Auch ist das BAMF inzwischen davon abgerückt, externe Gutachten erstellen zu lassen. Eine unabhängige Evaluierung der Kurse findet nicht mehr statt.

Die Diskrepanzen, auf die das Gutachten von 2006 hingewiesen hatte, hätten vor allem zielgruppenorientierte Kurse für Teilnehmer*innen mit besonderem Förderbedarf erfordert. 2006 machten sie etwa zehn Prozent aller Integrationskurse aus, inzwischen sind es knapp 20 Prozent. Ob das dem Bedarf entspricht, ist unklar: Die Kursträger – die wirtschaftlich zu denken haben – tun sich mit dem erhöhten Organisations-, Konzeptions- und Kostenaufwand der spezifischen Kurse schwer. Sie erhalten vom BAMF einen Betrag von 2,94 Euro pro Unterrichtseinheit und anwesenden*r Teilnehmer*in. Entsprechend müssen sie die Kurse auffüllen. Als Lehrkräfte werden in der Regel nur Honorarkräfte beschäftigt. Diese werden mit 20 bis 25 Euro pro Unterrichtsstunde bezahlt – was zu prekären Arbeitsbedingungen führt.

Sprach- oder Integrationskurse?

Eine kritische Würdigung der Integrationskurse darf aber eigentlich nicht dabei stehen bleiben, sie als reine Sprachkurse zu betrachten. Wie sollen wir sie also als Integrationskurse bewerten?

Fraglos erwerben inzwischen mehr Einwander*innen Deutschkenntnisse als vor der Einführung der Integrationskurse. Aber wie effektiv ist das? Hilft es ihnen, mehr am gesellschaftlichen Leben in der Bundesrepublik teilhaben zu können, etwa dadurch, dass sie wirtschaftlich selbstständig sind? Und liegt das daran, dass sie »ausreichende deutsche Sprachkenntnisse« nachweisen können, die sie sonst nicht erworben hätten? Diese Fragen bleiben unbeantwortet. Vielleicht sind sie so global auch nicht zu beantworten, denn es sind viele Faktoren, die zu einer »erfolgreichen Integration« führen. Eine Schlüsselfunktion erfüllt dabei die Sprache, aber keinesfalls die einzige.

Es ist und bleibt ein großer Fortschritt, dass ein Staat Einwanderer*innen das Recht auf einen Deutsch- und einen Orientierungskurs garantiert. Andererseits aber hat sich Deutschland damit, dass es diese Kurse als Integrations- und nicht als Sprachkurse deklariert und sich vorbehält, mit dem Abschluss einschneidende Sanktionen zu verbinden, einer gewichtigen Aufgabe entzogen: Es überlässt die Verantwortung, sich zu »integrieren«, den Migrant*innen. Und »Integration« bedeutet in den Augen des Staates vor allem, dass die Migrant*innen »messbar« Deutsch zu lernen haben.

Insgesamt lässt die zentralisierte Steuerung der sprachlichen Förderung und der Weiterentwicklung der Kurse zu wenig Raum für Vielfalt und Veränderung. Den sehr unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedürfnissen der Teilnehmer*innen wird ein hohes Maß an Standardisierung gegenübergestellt. Profitieren wirklich diejenigen, die es nötig haben? Diese entscheidende Frage stellen sich die Verantwortlichen offenbar nicht.

Foto: K. Fritze

von Prof. Dr. Christoph Schroeder und Natalia Zakharova (Doktorandin)

»Zentrum Sprache, Variation und Migration« (SVM) an der Universität Potsdam
uni-potsdam.de/svm

Dieser Artikel erschien als Gastkommentar am 18.12.2014 unter mediendienst-integration.de. Der MEDIENDIENST INTEGRATION bietet Informationen zu Fragen der Einwanderungsgesellschaft.

3 Vgl. Fußnote 1

Foto: imago/bonn-sequenz

Kunstfehler in der Lehrer*innenbildung

Fehlerhafte Bewertungen von praktischen Prüfungen im Referendariat

Über Kunstfehler in der Medizin, die bei den Betroffenen bleibende körperliche Schäden hinterlassen, wird nicht nur in den USA, sondern seit ein paar Jahren verstärkt auch in Deutschland diskutiert. Die Krankenkassen versuchen, durch belegbare, veröffentlichte Daten die Diskussion zu versachlichen. Auf die Fehler von Ärzt*innen wird man also langsam aufmerksam. Auch im Baugewerbe hört man immer wieder von Pfusch. Es ließen sich hier noch weitere Bereiche anfügen. Wo Menschen handeln, scheint es Fehler zu geben. Nur nicht in der Lehrer*innenbildung? Ich beginne mit Beispielen aus praktischen Prüfungen, bevor ich Veränderungsmöglichkeiten vorschlage.

Praktische Prüfungen und deren Beurteilung

Fall 1: Ein Referendar an einer weiterführenden Schule in Bayern stellt den Schüler*innen der Klasse ein Lied vor, in dem Jesus thematisiert wird. Diese hören die Musik, der Text wird schrittweise erschlossen, mit Leerstellen wird gearbeitet, dann werden die Aussagen über Jesus genau analysiert. Die Schüler*innen sind überrascht, dass in diesem, doch recht bekannten Lied der Glaube an Jesus positiv bewertet wird. In der Nachbesprechung der Unterrichtsstunde wird von der Prüfungskommission ausgeführt, dass der Inhalt des Liedes völlig missverstanden wurde, da dessen Aussagen rein ironisch aufzufassen seien. Die Nachfrage des Prüflings, worauf sich diese Ansicht gründen würde, wurde ignoriert. Auch die Klarstellung des Prüflings, dass die herangezogenen Aussagen der Fachliteratur einheitlich auf der unterrichteten Linie seien, wurde übergangen.

Fall 2: Prüfungsthema ist die Heilung eines Gelähmten durch Jesus. Methodisch variantenreich wird die damalige Situation von Kranken für die Schüler*innen lebendig: Existenz am Rande der Gesellschaft, Betteln, Armut. In Bezug auf heute wird den Schüler*innen deutlich, dass es Situationen gibt, in denen wir uns handlungsunfähig, wie gelähmt, fühlen. Sie suchen nach Möglichkeiten, wie dem beizukommen sei. In der Nachbesprechung dieser Prüfungsstunde wird ein schwerwiegender inhaltlicher Mangel kritisiert: Die Heilung sei falsch verstanden worden, denn sie sei rein physiologisch aufzufassen. Die ausführliche fachwissenschaftliche und fachdidaktische Begründung in der schriftlichen Vorbereitung, welche die Unterrichtsgestaltung stützt und die wesentliche Literatur aufführt, wird nicht wahrgenommen.

Fall 3: Der Prüfling hielt eine Unterrichtsstunde zur Bergpredigt. In der Nachbesprechung wurde fachlich bemängelt, dass die Schüler*innen über den Fundort der Bibelstelle falsch informiert wurden: Die Bergpredigt sei nicht beim Evangelisten Matthäus, sondern bei Lukas zu finden. Der Prüfling wehrte sich vehement, sodass eine Bibel geholt wurde und sich herausstellte, dass der Prüfling im Recht war. Auf diese »Lappalie« wurde in der weiteren Besprechung nicht mehr eingegangen.

In allen drei, von mir anonymisierten Beispielen erfolgte durch die Prüfungskommission eine – soweit rekonstruierbar – eklatant fehlerhafte Beurteilung. Beim letzten angeführten Fall wurde diese Fehlbeurteilung nur durch den Mut des Prüflings verhindert. Doch wer ist nach einer kräftezehrenden Prüfungsstunde zu so einer Tat noch fähig? Viele sicher nicht. Deshalb erachte ich diese Zeilen für notwendig – hoffentlich die Not wendend. Es ließen sich noch viele solche Beispiele auch für andere Fächer anführen. Ich beschränkte mich auf Prüfungen im Fach Religion, weil dies mein Fachgebiet darstellt. Auch will ich mir hier kein Urteil über die konkrete me-

thodische Umsetzung der Stunden anmaßen. Auf was ich aber mit aller Vehemenz hinweisen muss, sind die vielen Anzeichen auf eklatante inhaltliche Fehlbeurteilungen. Warum aber, so frage ich mich, werden diese nicht öffentlich diskutiert? Ich vermute, weil solche Fehler bei praktischen Prüfungen in der Lehrer*innenausbildung, im Unterschied zu Kunstfehlern in der Medizin, weder während der Prüfung noch danach sichtbar sind. Es bleibt nur ein Prüfling mit einer schlechten Note übrig, der – wenn er selbstbewusst ist – mit einer riesigen Wut im Bauch oder – weniger selbstbewusst – mit Selbstzweifeln zurückbleibt. Was soll er tun? Auf die Einsicht in die Prüfungsunterlagen warten? Diese ist erst am Ende des Referendariats erlaubt, also zu einem Zeitpunkt, zu dem ein Einspruch nicht mehr möglich ist. Können inhaltliche Fehlbeurteilungen der Prüfungskommission überhaupt nachgewiesen oder gar korrigiert werden, wenn man nicht einmal Kopien der Gutachten erhält? Wohl nicht. Ist eine solche Situation in einem demokratischen Staat hinnehmbar? Ich zumindest sehe starken Handlungsbedarf.

Konsequenzen

Qualität bei Ärzt*innen und im Baugewerbe ist leicht nachvollziehbar: Patient*innen sind wieder gesund und das Haus funktionstüchtig. So einfach ist es in der Lehrer*innenbildung nicht, denn wann gilt eine Unterrichtsstunde als gelungen? Hier spielen viele, sich zum Teil widersprechende Faktoren eine Rolle. Es gibt keine monokausalen Erklärungen für das Zustandekommen von qualitätsvollem Unterricht, da hierfür ein Bündel von Kompetenzen notwendig ist. Doch eines scheint sicher: Werden die Benotungskriterien nicht angegeben oder fehlen entsprechende Maßstäbe und Standards für die Beurteilung von praktischen Prüfungen, wird Qualität in und nach Prüfungen von den anwesenden Prüfer*innen festgelegt. Für Außenstehende werden die Qualitätskriterien – wenn überhaupt, dann erst im Nachhinein und damit zu spät – offengelegt. Dies erscheint Außenstehenden leicht als Willkür. Notwendig ist hier eine von Anfang an klare, verbindliche Transparenz bei den Beurteilungskriterien, an die sich die Prüfer*innen dann auch halten!

Ist bei einer Operation oder dem Hausbau etwas schiefgelaufen, kann man sich mit einem Rechtsanwalt bzw. einer Rechtsanwältin beraten, bevor man vor Gericht zieht und von einem Richter oder einer Richterin Recht gesprochen bekommt. Wie fänden Sie es, wenn sich herausstellen würde, dass der Rechtsanwalt oder die Rechtsanwältin auch der*die Richter*in ist? Im Referendariat ist das so, denn die Seminarleiter*innen haben die Doppelrolle von Ausbilder*in und Prüfer*in inne. Solange geklärt wäre, wann helfen, beraten und unterstützen und wann prüfen angesagt ist, müsste diese doppelte Rolle nicht einmal zum Problem werden. Entscheidend ist, wie diese Rolle im Referendariat von den Seminarlehrer*innen eingenommen wird, nämlich undurchsichtig und diffus.

Planlosigkeit bei der Rekrutierung von Seminarlehrer*innen

Auf dem Operationstisch stellt sich heraus, dass auch ein Zahn gebohrt, und beim Einbau der Fenster, dass der Boden noch verlegt werden muss. Wer käme hier auf die Idee, dass die schon anwesende Chirurgin bzw. der Fensterbauer gleich weiterarbeiten kann? Sie meinen niemand? Bei Lehrer*innen ist das durchaus so: An einer Seminarschule wird ein*e Seminarlehrer*in gesucht. Daraufhin bewirbt sich ein*e Fachlehrer*in vor Ort und er oder sie wird genommen. Eine größere zusätzliche Fort- oder Weiterbildung ist nicht nötig. Er oder sie kann ja unterrichten. Ist dies bereits schon die Voraussetzung, um auch mit Erwachsenen gut umgehen und sie bewerten zu können? Ich meine nicht. Wer gut unterrichten kann, muss noch kein*e gute*r Seminarlehrer*in sein. Die Planlosigkeit beim Rekrutieren von Seminarlehrer*innen ist sicher auch ein Grund für unzureichende Leistungsbewertungen.

Bei nachgewiesenem Fehlverhalten kann Ärzt*innen die Zulassung entzogen werden und Bauunternehmen können in Konkurs gehen. Prüfer*innen im Referendariat werden während ihrer Tätigkeit kaum überprüft. Dies sollten sie aber. Am besten durch externe, fachliche Prüfungsinstanzen. Insgesamt scheint mir eine objektivierbare Grundlage für eine auch nachträglich mögliche Überprüfung der Bewertungen von Prüfungsstunden hilfreich. Da mittlerweile zu Übungszwecken viele Unterrichtsstunden aufgezeichnet werden, ist dieses Verfahren auch für Prüfungsstunden heranzuziehen, damit Beurteilungen auch im Nachhinein kontrolliert werden können. In vielen Sportarten ist diese Form mittlerweile üblich. Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind hierfür zu schaffen.

Es geht um Qualität im Beruf

Mir geht es hier nicht um ein Schlechtreden von praktischen Prüfungen. Sicher werden viele korrekte und faire Beurteilungen gefällt. Handlungsbedarf sehe ich aber in Fällen, wie ich sie eingangs schilderte. Hier ist auch an die durch das Fehlverhalten von Prüfenden ausgelösten menschlichen Tragödien zu denken.

Und noch eines:

Stelle ich mit meinen hier nur grob angedeuteten Anregungen alle Prüfenden unter Generalverdacht? Nein, denn es dürfte auch im Interesse der vielen Prüfer*innen sein, welche hervorragende Arbeit leisten, dass der Pfusch von wenigen unterbunden wird. Schwarze Schafe verschleiern nicht nur die Sicht auf die gute Arbeit der anderen, sondern verhindern es auch guten, zukünftigen Lehrkräften, ihre Qualität im Beruf zu beweisen, da bei den momentanen Einstellungschancen in vielen Schularten und Bundesländern ein Fehlurteil das Ende des angestrebten Berufes bedeutet. Es geht also nicht nur um die Qualitätssicherung in der zweiten Ausbildungsphase der Lehrer*innenbildung, sondern vor allem um die Qualität zukünftiger Lehrer*innen und damit um die Qualität des Unterrichts unserer Kinder und Jugendlichen.

Dr. theol. habil. Manfred Riegger
Dipl.-Sozialpäd. (FH)
apl. Prof. und Akademischer Oberrat am Lehrstuhl für Didaktik des Kath. Religionsunterrichts und Religionspädagogik an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Augsburg
manfred.riegger@kthf.uni-augsburg.de

40 Jahre für die GEW

Rosenheimer Kreisvorsitzender Andreas Salomon verabschiedet

GEW: Wie bist du 1975 zur GEW gekommen?

Seit meinem Studienbeginn 1968 in Kiel bin ich politisch in linken Gruppen aktiv. 1971 ging ich nach Freiburg und schloss mich der KHG an, der Kommunistischen Hochschulgruppe des KBW. Eine Kandidatur zum Studentenparlament 1974 führte dazu, dass ich zu Anhörungen aufs Oberschulamt Karlsruhe geladen wurde und 1976 Berufsverbot erhielt. Ich trat 1975 der GEW in der Hoffnung auf Rechtsschutz bei, denn das Berufsverbot hing da bereits über mir.

Wie waren deine ersten Erfahrungen mit der GEW?

Damals gab es in den Gewerkschaften die Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die darauf ausgerichtet waren, Mitglieder oder Gesinnungsgenossen bestimmter linker Organisationen gar nicht erst aufzunehmen bzw. auszuschließen. Der Kreisverband Rastatt, dem ich angehörte, unterzog mich einem strengen öffentlichen Verhör und strengte dann meinen Ausschluss an, der prompt vollzogen wurde – noch bevor ich das Berufsverbot erhielt. So waren mir die Möglichkeiten genommen, mich juristisch zu wehren.

Wie kamst du dann erneut zur GEW?

Als ich eine Zeit lang in Mannheim im Buchhandel arbeitete, trat ich in die ÖTV ein. Dann ging ich nach Bayern, da ich in Baden-Württemberg auch für Privatschulen keine Genehmigung mehr erhielt. In Bayern trat ich – dort als Lehrer in einer privaten Schule – von der ÖTV in die GEW über, was natürlich illegal war. Erst vor zwei Jahren hat der GEW-Hauptvorstand sich bei den damals Ausgeschlossenen in aller Form entschuldigt, uns vollständig rehabilitiert und als Entschädigung beitragsfrei gestellt. Darum hatte ich zuvor in einem zehn Jahre anhaltenden Briefwechsel gekämpft.

Du bist seit 1978, also dem Beginn deiner Arbeit in Rosenheim, im Vorstand des Kreisverbandes. Die letzten 15 Jahre warst du Kreisvorsitzender. Wie kam es dazu?

Es gab, und das ist ein großer Glücksfall, hier immer vier, fünf Kollegen, die aktiv zur GEW standen, als Voraussetzung dafür, dass wir uns im Laufe der Jahre so positiv entwickeln konnten. Einer muss aber der Motor sein und die Verantwortung übernehmen. In den 90er-Jahren hatten wir keinen Vorsitzenden und haben mit nur bescheidenem Erfolg als Gruppe gearbeitet. Als ich 1998 die GEW in meine historischen Arbeiten zur Räterepublik in Kolbermoor zunehmend einband, lag es nahe, dass wir uns wieder eine satzungskonforme Struktur gaben. Denn das war gewissermaßen die Initialzündung, um wieder richtig in Fahrt zu kommen. Wir organisierten eine intensive Medienarbeit und führten dann am 4. Mai 1999, als sich der Tag der Ermordung des Kolbermoorer Volksratsvorsitzenden Georg Schuhmann und der seines Kampfgenossen Alois Lahn zum 80. Mal jährte, einen Stadtrundgang auf den Spuren der Räterepublik durch, den der Bürgermeister eröffnete und auf dem zahlreiche öffentliche Vertreter sprachen. Dabei wurde auch die von der GEW errichtete Gedenktafel enthüllt. Durch die positive Resonanz auf mein Buch »Auf den Spuren von Georg Schuhmann und Alois Lahn» standen wir plötzlich voll in der Öffentlichkeit und die GEW hatte sich einen Namen gemacht.

Ihr habt dann eine unglaublich intensive Arbeit aufgenommen. Die letzten neun Jahre hast du in GEW-Jahrbüchern auf insgesamt fast 600 Seiten dokumentiert und die Mitgliederzahl des Kreisverbandes steigerte sich von 86 auf derzeit 123. Mit welchem Konzept?

Aus dem aktiven Mitarbeiterkreis wurde, und das habe ich gezielt angestrebt, ein Freundeskreis, in den die Partnerinnen soweit wie möglich einbezogen waren. Das erhöhte deutlich die Verlässlichkeit und garantierte bei Veranstaltungen mindestens zehn Besucher. Hinzu kam, dass neue Mitglieder gezielt geworben werden mussten. Allein an meiner Schule trat im Laufe der Zeit jeder Dritte in die GEW ein. Ich bin immer sehr offensiv als GEWler aufgetreten und habe alleine insgesamt bestimmt 10 bis 15 neue Mitglieder gewinnen können. Wir gründeten schon vor 20 Jahren einen Betriebsrat, der mich zum ersten Vorsitzenden wählte. Seitdem wird der BR fast ununterbrochen von der GEW gestellt.

Aber ihr wart auch in der Mitgliederbetreuung sehr rührig.

Mitglieder zu werben und die alten bei der Stange zu halten, gehört zusammen. Deswegen war ich immer ein Verfechter von Rundbriefen. Acht- bis zehnmal im Jahr bekamen alle Mitglieder einen zwei- bis sechsseitigen Brief, wurden so ständig persönlich angesprochen, informiert und natürlich zu Veranstaltungen eingeladen.

Was waren das für Veranstaltungen, die ihr durchgeführt habt?

Wichtig war die breite Palette von Angeboten. Wir beteiligten uns am 1. Mai oder immer wieder an Demos gegen Nazis, luden zu pädagogischen Themen ein, oft mit Prof. Singer oder mit anderen namhaften Pädagogen wie Fritz Reheis, die ihre Bücher vorstellten. In unserer Reihe »Von anderen Schulen lernen» besuchten wir mal eine Waldorfschule, mal eine Montessori- oder Freie Schule, zuletzt eine private Grundschule, in der Inklusion besonders betont wird. Wir besuchten gemeinsam Ausstellungen, oft auch in München. Großen Stellenwert hatte die Erinnerungsarbeit bezüglich der Nazizeit. Mit Reiner Schober hatten wir einen Experten in den eigenen Reihen, der uns an diverse Gedenkorte führte. Von besonderer Bedeutung war unsere Aufklärungsarbeit über das jüdische Mädchen Elisabeth Block. Sie musste seinerzeit ihre Rosenheimer Schule verlassen und wurde mit ihrer Familie vergast. Jetzt kämpfen wir dafür, dass diese Schule nach ihr benannt wird. Und wir kämpfen für Stolpersteine in Rosenheim. Filmabende gab es zum Hitler-Attentäter Elser und zur Räterepublik. Mit dem Radl waren wir jedes Jahr einmal im Landkreis unterwegs, um uns mit der früheren Arbeiterkultur vertraut zu machen. Auch hier führte uns meist Reiner Schober. Und für Satire hatten wir mit Helmut Pritschet einen eigenen »Hofnarren«, der mit uns eine unvergessliche satirische Radlwallfahrt nach Tuntenhausen unternahm. Noch größeren Anklang fand das Lehrerkabarett »Pisaker« aus Traunstein, zu dessen Veranstaltungen immer weit über 100 Besucher kamen.

Gab es noch etwas, was dir wichtig war?

Ja, da ist zum Beispiel die Medienarbeit. Obwohl die örtliche Presse unsere Artikel gerne unterdrückte oder bis zur Unkenntlichkeit verstümmelte, ließen wir nicht locker. Mit Berichten unseres Pressereferenten und meinen Leserbriefen schafften wir es doch ca. zehnmal im Jahr in die Zeitung, hin und wieder auch ins Radio. Wichtig war auch unsere von Helmut Pritschet eingerichtete und stets aktuell gehaltene Homepage. Und was mir auch noch bedeutsam war: die Zusammenarbeit mit anderen linken Gruppierungen wie »Attac», »Gesicht zeigen gegen rechts» oder der »Infogruppe» aus jungen Antifaschisten, um nur einige zu nennen. Gute Kontakte zu pflegen, ist nicht zu unterschätzen. Oft war mein Freund Prof. Dr. Klaus Weber mit Vorträgen bei uns, für die er nie ein Honorar verlangte. Sehr vorteilhaft für die GEW-Arbeit war es, regelmäßig an den Treffen des GEW-Bezirks teilzunehmen. Dies gilt auch für die Arbeit im Kreisvorstands des DGB, die ich auch weiterhin wahrnehmen möchte. Zum Schluss möchte ich auch an dieser Stelle allen danken, die unsere Arbeit mitgetragen haben.

Du bist jetzt 65 und aus Altersgründen nicht mehr zur Wahl zum Vorsitzenden angetreten. Dem Vorstand wirst du aber weiterhin treu bleiben. Wir danken dir für deine jahrzehntelange Arbeit und wünschen dir weiterhin alles Gute.

Mit Andreas Salomon sprach Lothar Walter

GEW Mittelfranken: Schule ohne Militär

Studierende diskutieren mit Friedenspreisträger*innen

Am 23. Oktober 2014 fand eine Veranstaltung der GEW Mittelfranken unter dem Titel »Die Bundeswehr an Bildungseinrichtungen – Selbstverständlichkeit oder fragwürdiger Einsatz« mit den Referent*innen Scherihan Astab, Thomas Schmidt und Reinhard Wagner statt. Die Aachener Friedenspreisträger*innen aus Berlin erzählten, wie sie zur Schule ohne Bundeswehr wurden.

Erfreulicherweise waren eine Reihe junger Menschen aus der Uni bzw. aus Nürnberger Schulen anwesend, die sich auch rege an der Diskussion beteiligten. Nach der Veranstaltung setzten sich einige Anwesende noch zusammen, um ein weiteres Vorgehen gegen die zunehmende Militarisierung an den Unis und Schulen zu besprechen. Daraus ist inzwischen ein Initiativkreis entstanden, der sich bereits des Öfteren getroffen hat. Ziel des Initiativkreises ist es,

auf breiterer Basis und kontinuierlich gegen militaristische Tendenzen und Propaganda aufzuklären bzw. vorzugehen. Zurzeit wird dazu ein Aktionsplan erarbeitet. Wir haben uns auch vorgenommen, regelmäßig über unsere Aktivitäten in der DDS zu berichten. Wer uns unterstützen oder mitarbeiten will, kann sich gerne melden unter: gew-mittelfranken@nefkom.de

von David Förster

Esther Bejarano zu Gast in Nürnberg

»La vita continua« heißt das aktuelle Programm von Bejarano & Microphone Mafia

Auf Einladung u. a. der GEW Mittelfranken fand am 5.2.2015 ein restlos ausverkauftes Konzert mit Esther Bejarano, einer der letzten bekannten Überlebenden des Mädchenorchesters Auschwitz, und Microphone Mafia, einer Hip-Hop-Band aus Köln, statt. Es war einmal mehr ein großartiger Abend.

Esther Bejarano war in Auschwitz interniert und spielte dort im Mädchenorchester buchstäblich um ihr Leben – und hatte Glück. Sie überlebte auch den Todesmarsch und daher war der Tag der Befreiung ihr zweiter Geburtstag. So steht es in Esther Bejaranos erschütternder Autobiografie, aus der sie vor Konzertbeginn vorlas. Es war mucksmäuschenstill im großen Saal des Stadtteilzentrums DESI.

Aber Esther geht es nicht nur um die Vergangenheit, sondern vor allem um die Zukunft.

Esther, die im Dezember ihren 90. Geburtstag feierte – wir gratulieren nachträglich sehr herzlich –, wird nicht müde, sich gegen Faschismus und Krieg und für ein besseres Leben einzusetzen. Ganz besonders kommt ihre Kraft und Leidenschaft, gegen Rassismus und Krieg zu kämpfen, in ihrer Musik und ihren Liedern zum Ausdruck. Und durch das Zusammenspiel mit Microphone Mafia gelingt das bestens. Das Publikum war hellauf begeistert. Danke für das tolle Konzert!

von Ruth Brenner

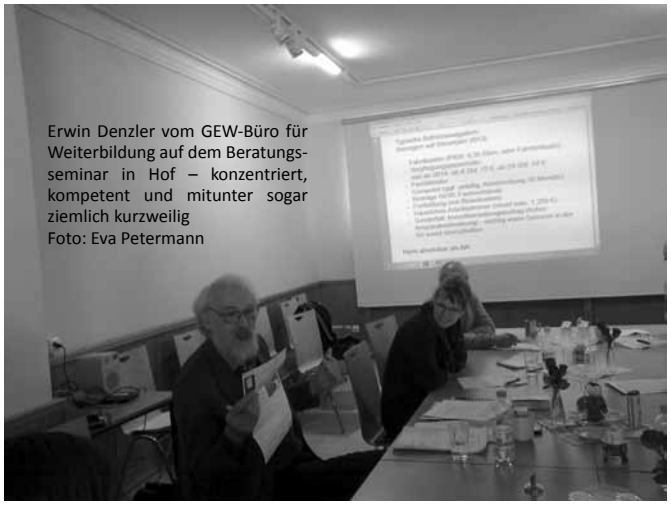
Beratung für freiberufliche Lehrbeauftragte in Hof

Erwin Denzler navigiert souverän durch den Paragrafendschungel

Ein gutes Dutzend Beratungswillige waren der Einladung von GEW Hof und GEW Oberfranken ins »Mehrgenerationenhaus« in Hof gefolgt. Zwar wäre auch noch Platz für mehr gewesen; doch an diesem klirrend kalten Samstagmorgen aufzubrechen, kostete offenbar schon eine gewisse Überwindung.

Immerhin konnte außer dem Referenten, Erwin Denzler vom GEW-Büro für Weiterbildung in Nürnberg, eine recht repräsentative Runde begrüßt werden: Dozent*innen an VHS und/oder an der Hochschule; neben- und hauptberufliche Dolmetscher*innen; ein Ausbilder am BFZ; eine – noch stellenlose – Gymnasiallehrerin mit Jobs in zwei verschiedenen Städten; eine Leiterin von Integrationskursen, deren nichtdeutsches Lehramt nicht anerkannt wird; ein Sozialpädagoge mit Zeitvertrag; Lehrkräfte an privaten Bildungseinrichtungen; ein Grundschullehrer mit Nebenberuf Übungsleiter; nicht zuletzt eine Kollegin, die sich für die eigene Beratungstätigkeit in der VHS von dem GEW-Experten noch etwas abgucken wollte.

Solcherart Tätigkeiten sind in der Regel alles andere als lukrativ. Das war hier diesmal nicht das Hauptthema, zeigte sich allerdings au-



Erwin Denzler vom GEW-Büro für Weiterbildung auf dem Beratungsseminar in Hof – konzentriert, kompetent und mitunter sogar ziemlich kurzweilig
Foto: Eva Petermann

genfällig daran, dass nicht wenige der Teilnehmenden mehrere Jobs mit unterschiedlichen Auftraggebern gleichzeitig laufen hatten.

Die Berichterstatterin, selbst Dozentin in diversen Bildungseinrichtungen, erinnerte daran, dass erst im letzten November Lehrbeauftragte und andere prekär Beschäftigte in Bildung und Weiterbildung mit bundesweiten Aktionen, unterstützt von der GEW, auf ihre Forderungen aufmerksam gemacht hatten. (vgl. DDS vom Dezember 2014 und Februar 2015).

Zur prekären finanziellen Lage kommen mitunter richtig vertrackte bürokratische Hürden hinzu. Was ist nicht alles bei der Steuer, der Kranken- und Sozialversicherung wie auch bei der Altersversorgung zu beachten! Ganz abgesehen davon, was dann im konkreten Fall vom Honorar noch übrig bleibt. All das erschließt sich keineswegs auf den ersten Blick, von permanenten Änderungen der Gesetze, ihrer Auslegungen bzw. der Rechtsprechung insgesamt ganz zu schweigen.

Nach mehr als vier Stunden intensiven Inputs waren alle zwar leicht erschöpft, aber zufrieden. Dem Kollegen Denzler war es gelungen, die vielen Informationen durch Anekdoten, Einzelfallschilderungen und lockeres Eingehen auf Zwischenfragen gut verdaulich rüberzubringen – mehr als dies angesichts eines solch trockenen Paragrafendschungels überhaupt zu erwarten war. Hinterher nutzten einige noch die Gelegenheit, sich beim Referenten individuell Rat zu holen.

Eine ähnliche Veranstaltung hat der erfahrene GEW-Sekretär (erwin.denzler@gew-bayern.de) bereits häufiger durchgeführt, so z. B. auch im letzten Jahr im oberfränkischen Bamberg.

Übrigens gehörte nur ein Drittel der Teilnehmenden in Hof bereits der GEW an. Gut möglich, dass es die eine oder der andere sogar zum ersten Mal mit leibhaftigen Gewerkschaftsmitgliedern zu tun hatte. Neue, interessante Kontakte ergaben sich.

Gleichzeitig reifte – hoffentlich – die Erkenntnis bei dem einen oder der anderen, dass sich auch juristisch meistens nur dann etwas durchsetzen lässt, wenn gewerkschaftspolitisches Engagement hinzukommt.

von Eva Petermann, GEW-Kreisverband Hof (Saale)

In memoriam Oswald Then

7.10.1936-18.1.2015

Oswald Then, Lehrer mit Leib und Seele, überzeugter Gewerkschafter, einer der wenigen Schulleiter, die der GEW angehören, langjähriger Personalrat, ist am 18.1.2015 mit 78 Jahren verstorben.

Er wollte zunächst Lehrer für Geschichte und Deutsch am Gymnasium werden, doch da kam ihm die Familiengründung dazwischen. Er sattelte um auf Volksschullehrer, weil die Ausbildung hierzu kürzer währte. Doch im Nachhinein stellte sich dies als seine Berufung heraus. Er wurde Lehrer an einer Landschule, damals mit ungeteiltem Unterricht der Klassen eins bis acht, seine »Feuerprobe«, wie er es nannte. Als diese Schule 1969 aufgelöst wurde, kam er an die Grundschule Stockdorf, wo er von 1977 an als Schulleiter neue pädagogische Konzepte umsetzen konnte. Als begehrter Ausbildungslehrer hat er seine Sicht von Pädagogik an junge Kolleginnen und Kollegen weitergegeben. Er war aber auch Vorbild in seinem gewerkschaftlichen Engagement: 1968 trat er in die GEW ein, wurde in den Vorstand gewählt und war dort für Rechtsfragen zuständig. Als 1978 der Starnberger Kreisverband gegründet wurde, war er von Anfang an mit dabei. Er kandidierte als Personalrat und übte das Amt von 1982 bis 1998 aus. Der Einsatz für die Kollegenschaft im Landkreis war ihm wichtig; die gute Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden Hans-Peter Etter (vom BLLV) hat er immer hervorgehoben. Er hätte sich aber bildungspolitisch mehr Einheit innerhalb der Lehrer*innenschaft gewünscht, um der Sache willen. Als Schulleiter für die Beurteilung der Kolleginnen und Kollegen eingesetzt werden sollten, konnte er dies als Personalrat nicht mittragen und kandidierte nicht mehr für dieses Gremium.

Oswald Then engagierte sich zunächst bei der SPD, dann bei den Grünen für demokratische Ziele, gegen die umstrittene Volksbefragung und für Bildungsreformen. In der GHS-Gruppe des Kreisverbandes, in der er viele Jahre aktiv mitwirkte, machte er uns jungen Kolleg*innen Mut zu Veränderungen in Erziehung und Unterricht. Er zeigte keine Scheu vor Autoritäten und war uns ein Vorbild in Zivilcourage. Bei unserer politischen Arbeit hat er uns sehr gefehlt, als er sich nach seiner Pensionierung zurückgezogen hat, bedingt durch seine gesundheitlichen Probleme. Oswald war uns ein gewerkschaftlicher Mentor und mir ein Freund. Er möge in Frieden ruhen.

Martha Stumbaum
Kreisvorsitzende des KV Starnberg von 1991-2001

»Rechts – Total? Normal?«
Neue Wanderausstellung von Wunibald Heigl

Unser GEW-Kollege Wunibald Heigl ist nicht nur für seine mobilen Ausstellungen gegen rechts, sondern auch für seine Anti-Rassismus-Trainings (A.R.T.) bekannt. Im November letzten Jahres hat der ehemalige Lehrer nun seine fünfte Ausstellung mit dem Titel »Rechts – Total? Normal?« der Öffentlichkeit vorgestellt. Wie gewohnt kann auch sie wieder von Bildungseinrichtungen, Institutionen, Vereinen, Initiativen und Aktionsgruppen ausgeliehen werden.

Eine Weiterführung der Ausstellung »Total Rechts«

Nicht nur der Titel erinnert an seine Ausstellung »Total Rechts« aus dem Jahr 1997. Die Macher*innen stellten auch dieses Mal wieder die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und den Rechtsextremismus in den Mittelpunkt, zeigen aber darüber hinaus auch Wege auf, wie man die Demokratie stärken kann, indem man auf Vielfalt und Solidarität setzt. Notwendig wurde die Aktualisierung und Weiterführung, weil sich u. a. die Moden, Codes und Darstellungsformen der Rechten in den letzten Jahren zum Teil radikal verändert haben.

Nachdem sich der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) selbst enttarnt hatte, traten außerdem Verflechtungen zwischen Rechtsextremist*innen und Geheimdiensten bzw. fahrlässige Fehleinschätzungen der Polizei und Politik zu Tage, die man sich 1997 noch nicht vorstellen konnte. In der aktuellen, mobilen Ausstellung fanden sie nun ihren Platz. Daneben wird auch deutlich, wie weit rechte Gedanken inzwischen in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind.

»Rechts – Total? Normal?« provoziert bewusst: Bedeutet »rechts« sein heute »extrem rechts« sein, also »total rechts« sein, oder ist das »total rechts«-Sein schon »total normal«? Abschließende Antworten auf diese Fragen sucht man vergebens, dafür bieten die aufbereiteten Inhalte unendlich viele Anstöße für weitere Diskussionen, Recherchen und Projekte. Sie fördern die Auseinandersetzung mit komplexen Themen wie mit dem historischen Nationalsozialismus, mit rechten Parolen, mit Rechtspopulismus bis hin zu rechtsextremen Ideologien und Gewalt. Auch die Rolle der Medien ist Teil der Ausstellung. Sie verharmlosen einerseits und zündeln andererseits – immer mit dem Ziel, die Auflage zu steigern. Und die Politiker*innen? Die Ausstellung zeigt exemplarisch Einzelne von ihnen, die sich im Verschleiern und als verbale Brandstifter besonders hervorgetan haben. Gleichzeitig benennt die Ausstellung auch die Opfer rechter Gewalt.

Die Entstehung der Ausstellung

Wie alle Ausstellungen von Wunibald Heigl ist auch diese im Rahmen seiner Anti-Rassismus-Trainings entstanden, die er schon vor 25 Jahren mit Schüler*innen entwickelt hat, um Jugendliche für ein eigenes, Erfolg versprechendes Engagement gegen rassistische und rechtsextreme Vorstellungen fit zu machen. Aus den Trainings ergaben sich immer wieder weitere Recherchen, Forschungsprojekte, Sprayaktionen, Unterstützungsaktivitäten für Flüchtlinge und hin und wieder Ideen für Ausstellungen. Auch die aktuelle Wanderausstellung, die mit Jugendlichen für Jugendliche und Erwachsene entwickelt wurde, hat dort ihre Wurzeln. Wunibald Heigl verantwortet die Texte und die Konzeption, die Grafikerin Sandra Tamas die professionelle Gestaltung der Plakate. Entstanden sind 13 Rollbilder (Größe DIN-A0) mit acht Text- bzw. Bildtafeln, einer Fotogeschichte und drei Comictafeln.

Unterstützt wurde das Ausstellungsprojekt »Rechts – Total? Normal?« von der GEW Bayern, vom DGB-Bildungswerk, vom Münchner Ausländerbeirat, vom Kreisjugendring München und vom Verein »München ist bunt«.

Empfohlen wird die Ausstellung nicht nur von Prof. Ludwig Eiber von der Universität Augsburg: »Sie spricht auch oft verdrängte Aspekte an, wie die ideelle und verbale Unterstützung aus der bürgerlichen Mitte. Ich hoffe, dass die Ausstellung möglichst vielen Jugendlichen zugänglich gemacht werden kann.« Auch Prof. Dr. Peter Nick, Studiendekan der Hochschule Kempten, schließt sich diesem Wunsch an: Die Ausstellung »gibt keine fertigen Antworten, sondern regt zur Diskussion und zu einer differenzierten Auseinandersetzung an.«

So kommt die Ausstellung an deine Schule

Als Herausgeber der Ausstellung wickelt »München ist bunt« die Ausleihe ab. Die einzelnen Rollbilder können im Internet unter muenchen-ist-bunt.de/ausstellung angesehen und bayernweit per Mail (ausstellung@muenchen-ist-bunt.de) bei Andreas Bieberbach bestellt werden. Das Ausleihen ist kostenlos, lediglich Portogebühren fallen an, wobei »München ist bunt« die Ausstellung im Raum München auch gerne selbst (kostenlos) anliefert und wieder abholt.

Erstausleiherin war die Akademie für politische Bildung in Tutzing. Danach wurde sie im SPD-Bürgerbüro Schwabing-Nord gezeigt, wobei hierzu auch die weiterführenden Schulen eingeladen wurden. Die Mittelschule im Ackermannbogen in München war die erste Schule, die sich die sehenswerte Ausstellung ins eigene Gebäude holte. Vom 16.2. bis 28.2. war sie im DGB-Haus zu sehen. Seit 2.3. hängt sie nun in der Münchner Volkshochschule »Neuhauser Trafo« in der Nymphenburger Str. 171 a. Gespräche für weitere Ausstellungstermine laufen derzeit mit dem Anton-Fingerle-Zentrum in München und mit dem Pädagogischen Institut im Referat Bildung und Sport der Landeshauptstadt München.

von Dorothea Weniger

Hinweis: Ausführliche Informationen zu den A.R.T.-Trainings gibt es unter baysem.de/bildungsangebote/detail/workshop+anti-rassismus-training.298.html

Türkei: Hilfe für Flüchtlingskinder

Der Strom der Flüchtlinge aus Syrien in die Türkei nimmt nicht ab. Nach jüngsten Zahlen von Amnesty International leben in der Türkei inzwischen mehr als 1,6 Millionen syrische Flüchtlinge – Tendenz weiter steigend. Nur eine Minderheit hat das Glück, in Lagern der türkischen Regierung unterzukommen. Vor allem kurdischen Familien bleibt der Zugang zu den Flüchtlingslagern versperrt. Ihnen fehlt es an allem: Kleidung, Verpflegung, Decken, Unterkünfte. Besonders die Kinder leiden unter der winterlichen Kälte. Die türkische Lehrer*innengewerkschaft Egitim Sen unterstützt die Flüchtlinge mit Zelten, Nahrung und Bekleidung. Freiwillige unterrichten die Kinder in Zelten. Das kostet Geld. Helfen Sie mit! Wir versichern, dass ihre Spende ohne Abzug bei den Flüchtlingen in der Türkei ankommt.

Heinrich-Rodenstein-Fonds
SEB Bank Frankfurt/Main
IBAN: DE97 5001 0111 1707 2747 00 • BIC: ESSEDE5F
Stichwort: Flüchtlingshilfe Türkei

Märchenhaft

»Wir werden die Welt schon in Ordnung bringen! Wir sind ja schließlich keine Menschen!« Fest entschlossen zeigen die Tiere sich in Erich Kästners »Die Konferenz der Tiere«, die Staatenwelt zum Frieden zu zwingen und eine humane (?) gesellschaftliche Ordnung zu etablieren, in der die Kinder ohne Not und ohne Gewalt leben können. Das von Walter Trier, der 1933 aus Deutschland nach Kanada geflüchtet war und die Nazis mit dem Zeichenstift bekämpft hatte, anrührend naiv und bunt illustrierte Märchen erschien 1949, als der Traum von **einer** Welt, die ihre Konflikte im Rahmen der United Nations friedlich zu lösen in der Lage ist, längst geplatzt war. Kalter Krieg, Aufrüstung, atomares Wettrüsten, viele lokale Kriege, Hunger, Elend, Rassismus, Massen von Flüchtlingen und politische Entscheidungen, die das Desaster der Nachkriegszeit in eine Katastrophe der Vorkriegszeit zu verwandeln drohten – diese Zustände bewogen Erich Kästner, eine Idee seiner Freundin Jella Lepmann literarisch auszuformen.

Entsetzt von den grausamen Zuständen auf der Welt, eilen die Tiere zu Wasser, zu Land und in der Luft zum »Hochhaus der Tiere«, einem kleinen Universum mit Platz für alle Lebensformen, um auf einer Konferenz zu diskutieren, wie die mörderische, zerstörerische Erwachsenengesellschaft fundamental geändert werden kann. »Kinder in allen Farben« sind die Ehrengäste. Ihretwegen organisieren die Tiere den Aufstand. Als verschiedene Maßnahmen nichts bewirken und die Regierungen stur an ihrer Not und Elend schaffenden Politik festhalten, wählen die Tiere ein terroristisches Mittel: Global entführen sie alle Kinder, um die Politiker zu einem Friedensvertrag zu zwingen. Unter dem Druck der verzweifelten Eltern schließlich »zogen die Herren die Füllfederhalter heraus und unterzeichneten den Vertrag: Wir, die verantwortlichen Vertreter aller Länder der Erde, verpflichten uns mit Leben und Vermögen zur Durchführung folgender Punkte: 1. Alle Grenzpfähle und Grenzwachen werden beseitigt. Es gibt keine Grenzen mehr. 2. Das Militär und alle Schuss- und Sprengwaffen werden abgeschafft. Es gibt keine Kriege mehr. 3. Die zur Aufrechterhaltung der Ordnung erforderliche Polizei wird mit Pfeil und Bogen ausgerüstet. Sie hat vornehmlich darüber zu wachen, daß Wissenschaft und Technik ausschließlich im Dienst des Friedens stehen. Es gibt keine Mordwissenschaften mehr. 4. Die Zahl der Büros, Beamten und Aktenschränke wird auf das unerläßliche Mindestmaß herabgeschraubt. Die Büros sind für die Menschen da, nicht umgekehrt. 5. Die bestbezahlten Beamten werden in Zukunft die Lehrer sein. Die Aufgabe, die Kinder zu wahren Menschen zu erziehen, ist die höchste und schwerste Aufgabe. Das Ziel der echten Erziehung soll heißen: Es gibt keine Trägheit der Herzen mehr.«

Erich Kästner/
Walter Trier:
Die Konferenz
der Tiere
Atrium-Verlag
Zürich 2012
64 Seiten, 13,95 EUR
ISBN: 978-3-426-27635-8
erstmals erschienen 1949 im Europa-Verlag, Zürich

65 Jahre nach dem Erscheinen der »Konferenz der Tiere« gibt es mehr Kriege, mehr Elend, mehr Hunger, mehr Unterdrückung, mehr Flüchtlinge als je zuvor. Die Europäische Union, vor Jahren mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, läßt Woche für Woche Dutzende im Mittelmeer ersaufen. So wird es zur Nebensache, dass sich mit Erich Kästner gute Tarifpolitik machen ließe: Die Bestbezahlten werden die Lehrer*innen sein.

von Peter Weiß

»Auch eine Seele kann ohnmächtig werden»

Trude Simonsohn wurde 1921 in Olomouc in der Tschechoslowakei geboren, wo es damals eine größere jüdische Gemeinde gab. Im Herbst 1938 endete ihre unbeschwerte Jugend mit einem Schock. Einige Wochen nach dem Münchner Abkommen hielt eine Mitschülerin im deutschsprachigen Gymnasium einen Vortrag, der nur so von antisemitischen Anwürfen strotzte, die dem Nazihetzblatt »Der Stürmer« entnommen waren. Alle in der Klasse applaudierten – alle außer Trude. Dies war Trudes erste Konfrontation mit dem Antisemitismus der Nazis. Nach dem 15. März 1939, dem Tag des Einmarsches der Naziwehrmacht in der Tschechoslowakei, hat sie kein Deutscher mehr auf der Straße gekannt. Als am 1. September 1939 deutsche Truppen Polen überfielen, wurde ihr Vater festgenommen und nach Buchenwald verschleppt.

Gefängnis, Theresienstadt, Auschwitz …

Nach dem Attentat auf den Nazistatthalter Heydrich am 27. Mai 1942 überzogen die Nazis das Land mit einer Terrorwelle. Das Dorf Lidice wurde dem Erdboden gleichgemacht. Die Männer wurden sofort erschossen, die Frauen und Kinder verschleppt. Als Kommunistin verdächtigt, kam Trude ins Gefängnis. Tatsächlich war Trude Simonsohn in der jüdischen Jugendorganisation Makkabi Hazair engagiert.Im Gefängnis, wo sich das Standgericht befand, ließ man sie stundenlang mit dem Gesicht zur Wand stehen. Sechs Monate war sie im Gefängnis von Olomouc. Dort erfuhr sie vom Tod ihres Vaters im KZ Dachau. Ein Maurer, der gegenüber ihrer Zelle eine Wohnung renovierte, sprach der verzweifelten Trude täglich durch das Fenster Mut zu und stellte Kontakt zur Außenwelt her. Ermutigung bekam sie auch von einer jungen Roma, die kurzfristig in ihre Zelle war. Schließlich wurde Trude nach Theresienstadt verlegt. Dorthin war inzwischen auch ihre Mutter deportiert worden. Hier kümmerte sich Trude vor allem um die Kinder. Hier lernte sie auch ihren späteren Mann Berthold kennen, der in Deutschland im politischen Widerstand gegen die Nazis aktiv gewesen war. Trude Simonsohn berichtet in ihrem Buch ausführlich über die Bildungs- und Kulturarbeit, die in Theresienstadt trotz des Naziterrors geleistet wurde. So wurde dort die Kinderoper »Brundibär« viele Male aufgeführt.

Trude Simonsohn
mit Elisabeth
Abendroth:
Noch ein Glück –
Erinnerungen
Wallstein Verlag
Göttingen 2014
150 Seiten
14,90 EUR
ISBN
978-3-8353-1187-9

Zuerst wurde Trudes Mutter nach Auschwitz deportiert, später traf Trude und Berthold dasselbe Schicksal. »Nach einer Stunde in Auschwitz habe ich genau gewusst, wo ich bin: in der Hölle.« An das, was sie weiter in Auschwitz erleben musste, kann sie sich nicht mehr erinnern: »Auch eine Seele kann ohnmächtig werden«, schreibt sie. Von Auschwitz kam sie in das Lager Kurzbach, ein Außenlager des KZ Groß-Rosen. Von dort konnte sie mit einigen anderen Anfang 1945 fliehen, wird dann aber nochmals verhaftet. Am 9. Mai 1945 kamen zwei sowjetische Soldaten und sagten: »Der Krieg ist zu Ende. Ihr seid frei.« Auch Berthold hatte überlebt. Trude Simonsohns Verwandte wurden alle ermordet.

»Sagt rechtzeitig und laut genug Nein«

Seit 1950 lebt Trude Simonsohn in Deutschland, ab Mitte der Fünfzigerjahre in Frankfurt am Main. Auch dort war sie wieder mit Antisemitismus konfrontiert. Sie schreibt über die heftige Auseinandersetzung über das Fassbinder-Stück »Der Müll. Die Stadt und der Tod« in Frankfurt, welches das judenfeindliche Klischee des »reichen Juden« als Hauptperson auf die Bühne stellte. Mitglieder der Jüdischen Ge-

(Fortsetzung Mitte nächster Seite)

Stadt Augsburg

Zum Schuljahr 2015/2016 suchen wir verschiedene

Lehrkräfte (m/w)

für unsere städtischen Schulen.

Die näheren Einzelheiten, insbesondere die benötigten Fachrichtungen sowie die Bewerbungsmodalitäten entnehmen Sie bitte unseren aktuellen Informationen im Internet unter www.augsburg.de, Rubrik Stellenanzeigen.

Erlesenes ... Erlesenes ... Erlesenes

meinde hatten die Bühne besetzt und dem Intendanten vorgehalten: »Sie treten die Gefühle der Überlebenden mit Füßen.« Der Satz »Die Schonzeit ist vorbei« hat Trude Simonsohn ganz besonders erschreckt. Seit 1978 erzählt Trude Simonsohn in Schulen, Universitäten sowie bei gewerkschaftlichen Veranstaltungen über ihr Schicksal als Überlebende. Oft kam der Einwand: »Es ist ja alles schrecklich, was Ihnen passiert ist, Frau Simonsohn. Aber man konnte ja nichts dagegen machen.« Da hat sie ihre Freundin, die Widerstandskämpferin Irmgard Heydorn gebeten, sie bei den Schulbesuchen zu begleiten. Dabei machten sie die Erfahrung: »Immer, wenn ich in den Schulklassen dabei war, haben die Kinder Irmgard Heydorn, interessiert zugehört. Als sie dann zum ersten Mal allein als Zeitzeugin gesprochen hat, hat sie davon berichtet, dass ihr Mann desertiert ist. ›Sie sind ja beide Vaterlandsverräter, Sie und ihr Mann‹, haben die Kinder ihr wütend vorgehalten.« Trude Simonsohn sieht eine Ursache dafür in dem ablehnenden und verunglimpfenden Umgang mit Widerstand gegen die Nazis in der deutschen Nachkriegsgeschichte: »Die Mehrheit der Deutschen hat nach dem Krieg nicht zugeben können, dass nicht die Widerständler falsch gehandelt haben, sondern sie selbst. Sie haben sich selbst etwas vorgelogen – und ihren Kindern und Enkeln auch. Das werde ich nie akzeptieren.«

Trude Simonsohn betont demgegenüber: »Es stimmt gar nicht, dass man nichts dagegen tun konnte. Mehr Leute hätten etwas dagegen tun müssen, dann wäre kein Todesmut mehr nötig gewesen, das Allerschlimmste zu verhindern. (…) Nein-Sagen ist kein einfaches Geschäft, anderen vom Nein-Sagen zu erzählen auch nicht. (…) Irmgard und ich, wir sind jetzt 97 und 92 Jahre alt, aber wir gehen noch immer gemeinsam in Schulen und Universitäten und erzählen von unserem Schicksal, um den jungen Leuten zu sagen: Passt auf, dass das nicht wieder geschieht, und sagt rechtzeitig und laut genug Nein.«

von Wolfgang Häberle

Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt es unter: www.AJuM.de (Datenbank) oder unter www.LesePeter.de

Im März 2015 erhält den LesePeter das Sachbuch

Marko Simsa und Silke Brix:

Klassik-Hits für Kinder

Jumbo Verlag • Hamburg 2014 • 55 S. • gebunden
24,99 EUR • ISBN 978-3-8337-3308-6 • ab 8 Jahren

Das Buch »Klassik-Hits für Kinder» mit dazugehöriger CD ist eine Zeitreise durch die klassische Musik vom 17. bis ins 20. Jahrhundert. Werke von namhaften Komponisten wie Mozart, Bach, Vivaldi oder Strauss werden in Text und Ton vorgestellt und vermitteln somit einen kleinen Einblick in die klassische Musik.

NÜRNBERG

Die **Stadt Nürnberg**, als zweitgrößter kommunaler Schulträger in Bayern mit ca. 23.000 Schülerinnen und Schülern an 36 beruflichen Schulen, sucht für das Schuljahr 2015/2016 **für den Einsatz an beruflichen Schulen:**

Lehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an beruflichen Schulen

der Fachrichtungen
Elektro- und Informationstechnik
Metalltechnik
Wirtschaftspädagogik (Diplom-Handelslehrer/innen bzw. Master of Science)
bevorzugt mit den Zweitfächern Mathematik, Deutsch, Englisch, Religion,
Sozialpädagogik
bevorzugt mit den Zweitfächern Musik, Kunst bzw. abgeschlossener Ausbildung als Erzieher/in oder Sozial- bzw. Heilpädagoge/-pädagogin,
Ernährungs- und Hauswirtschaftswissenschaften
bevorzugt mit den Zweitfächern Deutsch oder Englisch,
Gesundheits- und Pflegewissenschaften
bevorzugt mit den Zweitfächern Deutsch, Englisch, Biologie, Physik, ev. Religion,

sowie

Lehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an Gymnasien der Fachrichtung Didaktik des Deutschen als Zweitsprache

für den Einsatz in Klassen zur Sprachintegration

Ihre Aufgaben
Gesucht werden engagierte Lehrkräfte für den Einsatz an kaufmännischen und gewerblich-technischen Schulen, die den Weg einer modernen Schulentwicklung mitgehen, team- und handlungsorientiert unterrichten, über hohe Fach- und Sozialkompetenz verfügen, zeitgemäße Medien im Unterricht einsetzen, mit ihren kreativen Ideen die Qualität der beruflichen Schulen fördern und sich auch außerhalb der unterrichtlichen Tätigkeit für die Schulgemeinschaft engagieren.

Wir erwarten
Als Bewerberin/Bewerber haben Sie die 2. Staatsprüfung für das Lehramt an beruflichen Schulen bzw. für das Lehramt an Gymnasien in einer der oben genannten Fachrichtungen erfolgreich abgelegt.

Wir bieten
eine Beschäftigung nach den Bedingungen des TVöD, bei Vorliegen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen im Beamtenverhältnis.

Ihre Bewerbung
senden Sie bitte mit aussagefähigen Bewerbungsunterlagen an die Stadt Nürnberg, Personalamt, z. H. Frau Leonhardt (kaufmännische Schulen) bzw. Frau Steindl (gewerblich-technische Schulen), Fünferplatz 2, 90403 Nürnberg. Telefonisch erreichen Sie uns unter 09 11 / 2 31 - 29 81 bzw. - 23 46. Bitte bewerben Sie sich möglichst frühzeitig. Bitte verwenden Sie nur Kopien, weil eine Rücksendung der Unterlagen nicht erfolgen kann. Die Informationen im Internet unter stellenmarkt.nuernberg.de sind Bestandteil dieser Stellenausschreibung.

Chancengleichheit ist die Grundlage unserer Personalarbeit

Sommerferien 2015:

Polnisch lernen und nette Leute treffen in Masuren!

Die Sommerakademie der GEW und der Lehrer*innensektion der Gewerkschaft Solidarność wird 20!
Wir feiern das mit einer Neuauflage der Begegnung und einem Sprachkurs
vom 27.7.-9.8.2015
an einem der schönsten Seen Masurens.

Vom blutigen Anfänger bis zur fortgeschrittenen Lernerin: Professionell geleitete Sprachkurse auf drei Niveaustufen bringen uns die zungenbrecherische Sprache unseres östlichen Nachbarlandes näher. Gleichzeitig lernen die polnischen Freund*innen Deutsch. Im Tandemunterricht, bei den zahlreichen Workshops, den Filmabenden, Diskussionen, beim Tanzen und Singen am Lagerfeuer entstehen Freundschaften über die Landesgrenzen hinweg. Alle GEW-Mitglieder, die gerne spannende, aber auch erholsame Sommertage mit interessanten Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland und Polen verleben möchten, sind herzlich eingeladen.

Weitere Informationen und Anmeldung:
gew.de/Sommerakademie_Masuren_2015.html
Anmeldeschluss: 17.4.2015

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband München
– die münchner bildungsgewerkschaft

Mitgliederversammlung

Montag, 23.3.2015
19.00 Uhr, Gewerkschaftshaus

Tagesordnung:
Eröffnung • Wahlen von Präsidium, Mandatsprüfungs- und Wahlkommission • Wahl der Delegierten zur LVV • Vorstellung der Kandidat*innen für das Amt der Geschäftsführung • Wahl der Geschäftsführung • Anträge (Antragsschluss: 12.3.2015) • Verschiedenes
Übergabe an die*den neue*n Geschäftsführer*in durch den alten Geschäftsführer
anschließend
Umtrunk zum Ende der hauptamtlichen Tätigkeit des bisherigen Geschäftsführers

Anträge werden auf Anfrage zur Verfügung gestellt.
GEW-Stadtverband München, Tel. 089 537389
gew-sv-muenchen@link-m.de

Solikonzert am 13. März 2015

für die Flüchtlingshilfe der türkischen Lehrer*innengewerkschaft mit dem preisgekrönten Ensemble »FisFüz« (Oriental Chamber Jazz). Auf Einladung der GEW kommt das europaweit bekannte Ensemble im März nach Oberfranken!

im Wasserschloss Mitwitz, Kreis Kronach

Weitere Details zur Veranstaltung: gew-oberfranken.de

Annette Maye (Klarinette, Bassklarinette), Gürkan Balkan (Oud, Gitarre) und Murat Coskun (Rahmentrommeln, Perkussion) sind ein deutsch-türkisches Trio. Das Ensemble »FisFüz« ist u. a.Träger des SWR-Weltmusikpreises »querBeet«. Bekannt sind die Musiker*innen auch durch Auftritte zusammen mit dem Klarinettisten Giora Feidman.

Laufer Gespräche
zur Inklusion von Menschen mit Behinderung

Das Aktionsbündnis der Laufer Gespräche lädt
am **23. März 2015** um 20.00 Uhr
zu einem inklusiven und humorvollen Abend
in die Laufer Stadtbücherei, Turnstr. 11 ein.

Foto: Peter Himsel

Rainer Schmidt (Referent, Pfarrer, Tischtennisspieler und Kabarettist) wird **»Heiteres und Biblisches zur Inklusion«** vortragen.

Rainer Schmidt wurde ohne Unterarme geboren und erlebte eine normale Kindheit. Geprägt vom CVJM und Glaubensfragen studierte er evangelische Theologie und wurde Pfarrer. Als solcher arbeitet er seit 2005 als Dozent am Pädagogisch-Theologischen Institut in Bonn.
Seine Hobbys, Tischtennis (Paralympics Peking) und Kabarett, machte er inzwischen zu seinem Beruf.

Moderiert wird die Veranstaltung von Prof. Dr. Hans Wocken.

Weitere Informationen gibt es unter Tel. 09123 982121
laufer-gespraeche.de und gemeinsamleben-nuernbergerland.de

Interdisziplinäre Tagung der Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Kompetenz zum Widerstand

am **24.-26. März 2015**

Auch im pädagogischen und fachdidaktischen Diskurs ist viel von Anpassung und Flexibilität die Rede, von Widerstand kaum. Andererseits wird das Leitbild von mündigen Wirtschafts- und Staatsbürger*innen beschworen. Passt das zusammen? Ist Mündigkeit ohne Widerstandskompetenz überhaupt noch möglich?
Die Tagung will fragen, was Kompetenz zum Widerstand genau bedeutet, ob eine solche Kompetenz als Ziel von Bildung gerechtfertigt ist und vor allem, durch welche Faktoren sie gestärkt werden kann.

Das Programm gibt es auf:
uni-bamberg.de/sk-didaktik/tagung-kompetenz-zum-widerstand

Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus!

Auf den Spuren der slowenischen Partisanen

am **13. März 2015**

München, DGB-Haus, 18.00 Uhr

Ernst Kaltenegger, ehemaliger Landtagsabgeordneter der KPÖ der Steiermark, hat es sich seit Jahren zur Aufgabe gemacht, den antifaschistischen Kampf der Völker Jugoslawiens gegen die Nazibesatzer über die Grenzen Sloweniens hinaus bekannt zu machen.
Er informiert an diesem Abend über Hintergründe, Schwierigkeiten und Erfolge des antifaschistischen Widerstands in Slowenien und in Kärnten.

Der GEW-Stadtverband München ist Mitveranstalter dieses Abends.

Interessante GEW-Veranstaltungen ab März 2015

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an Susanne Glas in der GEW-Landesgeschäftsstelle: susanne.glas@gew-bayern.de

12.3.2015	**Die Tarifrunde 2015 – Ziele und Aktionen.** Mit Björn Köhler, Leiter des Sozialpädagogischen Büros der GEW Bayern. Eine Veranstaltung der GEW Freising.	Informationsabend	**Freising** Viva Vita 19.00 Uhr
16.3.2015	**Datenschutz in der Schule – Hinweise und Stolperfallen.** EDV-Recht, Datenschutz, Leistungs- und Verhaltenskontrollen. Mit Maria Jungnickl, Datenschutzbeauftragte der Stadt Nürnberg.	Informations- und Diskussionsabend	**Nürnberg** Gewerkschaftshaus 18.30 - 21.00 Uhr
20.-21.3.2015	**Mediation bei Konflikten am Arbeitsplatz.**[1+2] Teil 1. (Seminar für Nordbayern) Konstruktiver und kreativer Umgang mit Konflikten; Management schwieriger Gespräche. Mit Andreas Wagner. Das Seminar ist ausgebucht. Bei Interesse nach evtl. frei gewordenen Plätzen fragen.	Zwei-Tages-Seminar	**Neumarkt** Hotel Schönblick Fr. 16.00 - Sa. 16.00 Uhr
17.4.2015	**Neues vom EGO – eine Erzieher*innen-Revue**. Mit dem Theater »Grüne Sosse« aus Frankfurt. Näheres siehe unten. Eine Veranstaltung der GEW Freising.	Theaterveranstaltung und Informationsabend	**Freising** Viva Vita 19.00 Uhr
18.4.2015	**Was brauchen Kita-Mitarbeiter*innen?** Referentin: Marion Brandl-Knefz, IFP – Staatsinstitut für Frühpädagogik, München. Anmeldeschluss: 20.3.2015.	Tagesseminar	**München** DGB-Haus 10.00 - 16.00 Uhr
8.-9.5.2015	**Mediation bei Konflikten am Arbeitsplatz.**[1+2] Teil 2. (Seminar für Nordbayern) Mit Andreas Wagner. Voraussetzung für die Teilnahme ist die Teilnahme am Teil 1 (s. o.). Anmeldeschluss: 6.3.2015.	Zwei-Tages-Seminar	**Stein** Tagungshaus Fr. 16.00 - Sa. 16.00 Uhr
12.-13.6.2015	**Arbeitnehmer*in 50 plus – schaffe ich die Arbeit oder schafft sie mich?** Mit Barbara Haas (GEW Baden-Württemberg) und Maria Koppold (GEW Bayern). Anmeldeschluss: 22.4.2015.	Zwei-Tages-Seminar	**Neumarkt** Hotel Schönblick Fr. 16.00 - Sa. 16.00 Uhr
26.-27.6.2015	**Griechenland im Würgegriff der Troika.** Ursachen, Risiken und Nebenwirkungen des neoliberalen Freilandversuches in Europa. Mit Paul Kleiser, Politologe, München. Anmeldeschluss: 13.5.2015.	Zwei-Tages-Seminar	**Neumarkt** Hotel Schönblick Fr. 16.00 - Sa. 16.00 Uhr

1 Anmeldung nötig, falls nicht anders angegeben: GEW-Geschäftsstelle, Susanne Glas, susanne.glas@gew-bayern.de, Tel.: 089 54408116, Fax: 089 5389487
2 Teilnahmegebühr

GEW-Bezirksverband Oberbayern lädt ein zu seiner Frühjahrstagung 2015

Demokratie fördern in Bildungseinrichtungen

Samstag, 18. April 2015 9.00-16.00 Uhr
Freising, Tagungshaus Viva Vita, Gartenstraße 57

Vortrag: **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Kita und Schule**
Ergebnisse aus der Forschung, Praxiserfahrungen und Eckpunkte guter Qualität
von Ursula Winklhofer, M. A.,
Diplom-Sozialpädagogin beim Deutschen Jugendinstitut e. V. (dji)

Workshop 1: **Partizipation in Kindertageseinrichtungen – gelungene Beispiele aus der Praxis der »Kinderstube der Demokratie«**
Referentin: Silke Scherer, Sozialpädagogin (B. A.), Multiplikatorin für Partizipation, Fachberaterin für Kindertageseinrichtungen beim AWO-Bezirksverband Schwaben

Workshop 2: **Klassenrat und Kinderrechte von Anfang an**
Referentin: Sonja Student, Gründerin und Vorstandsvorsitzende des Vereins »Makista – macht Kinder stark für Demokratie«, seit 2010 Projektleiterin des Modellschulnetzwerks für Kinderrechte in Hessen

Workshop 3: **Lernen durch Engagement – Tu was für andere und lern was dabei**
Referent: Volker Uhl, Pädagoge und LdE-Schulbegleiter, Netzwerk »Service-Learning«

Workshop 4: **Wege zu mehr Beteiligung, Mitbestimmung und betrieblicher Interessenvertretung**
Referent: Wolfgang Nördlinger, Erzieher, langjähriger Betriebsrat und Tarifbeauftragter des GEW-Bezirksverbandes Oberbayern

Programmablauf: 9.00 Uhr: Begrüßung, Eröffnung: Peter Caspari, GEW-Bezirksvorsitzender • 9.15 Uhr: Vortrag von Ursula Winklhofer • 10.45 Uhr: Kaffeepause • 11.00 Uhr: Workshops: Runde 1 • 13.00 Uhr: Mittagessen • 14.00 Uhr: Workshops: Runde 2 • 16.00 Uhr: Ende der Veranstaltung

Eine Anmeldung ist erforderlich. Bitte die verbindliche Anmeldung mit Angabe der beiden gewünschten Workshops bis spätestens 27.3.2015 an die GEW Oberbayern:
E-Mail: gew.oberbayern@t-online.de • Fax: 08124 909632

GEW-Mitglieder: Teilnahme kostenfrei (bitte Mitgliedsnummer bei der Anmeldung angeben)
Nichtmitglieder: 20 Euro (inklusive Mittagessen)

Der GEW-Kreisverband Freising lädt ein

am Freitag, 17. April 2015
in Freising, 19.00 Uhr
Viva Vita, Gartenstr. 57

Theater »Grüne Sosse« mit seiner Erzieher*innen-Revue

Darin gibt es in einzelnen kurzen Aufführungen Einblick in den Alltag von Erzieher*innen.
Im Anschluss daran referiert Wolfgang Nördlinger und kommentiert das Gesehene. Den Zuschauer*innen bleibt die Möglichkeit zum gegenseitigen Austausch und zur Diskussion.

Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Karin Just • GEW Bayern • Schwanthalerstr. 64 • 80336 München • ☎0 89/54 40 81-0 • Fax: 0 89/5 38 94 87 • Karin.Just@gew-bayern.de

Ansbach Pädagogischer Stammtisch in regelmäßigen Abständen, Termine dazu und weitere Informationen: www.gew-ansbach.de
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 0 98 02/95 31 42

Aschaffenburg/Miltenberg Termine und Themen der Treffen siehe Aktionskalender auf www.gew-aschaffenburg.de
Kontakt: Christiane Hirsch-Holzheimer, ☎ 0 60 24/77 23

Augsburg jeden 1. Schulmittwoch im Monat offene Vorstandssitzung ab 19.30 Uhr im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2
Kontakt: Martin Proißl, ☎ 08 21/3 49 85 53, info@gew-augsburg.de

Bad Neustadt Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bad Tölz/Wolfratshausen Offener Treff jeden 1. Donnerstag im Monat 20.00 Uhr, Ratsstuben Geretsried
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 0 81 71/96 56 05

Bamberg Termine/Themen der Treffen siehe: www.gew-oberfranken. de
Kontakt: Ernst Wilhelm, ☎ 09 51/6 78 88

Bayreuth am 1. Mittwoch oder 1. Donnerstag (alternierend) im Monat 19.30 Uhr Stammtisch mit Vorstands-Treff, Gaststätte Lochner, Badstraße, BT
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 0 92 01/5 90, Roland Dörfler, ☎ 09 21/9 26 55

Coburg jeden 2. Mittwoch im Monat, 20.00 Uhr, Da Mario, Sally-Ehrlich-Str.7, Coburg
Kontakt: Jürgen Behling, ☎ 0 95 66/80 80 60, behling.j@gmx.de

Donau-Ries/Dillingen mittwochs nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Posthotel Traube Donauwörth
Kontakt: Gudula Zerluth, ☎ 0 90 90/39 86, zerluth@web.de

Erding Stammtisch jeden dritten Donnerstag des Monats (außer Ferien) 19.30 Uhr beim Wirt in Riedersheim
Kontakt: Paul Horn, ☎ 0 81 22/9 11 80, horn@mediowin.de

Erlangen jeden Dienstag Sprechstunden von 17.00 -18.00 Uhr, Arbeitslosenberatung: jeden 1. + 3. Mittwoch im Monat, 18.00 - 19.00 Uhr, Friedrichstr. 7
Kontakt: ☎ 0 91 31/8 11 94 51, info@gew-erlangen. de, www.gew-erlangen.de

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr Vogelgässler, Vogelstr. 16
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

Fürth Sprechzeiten im GEW Bezirksbüro, Luisenstr. 2 90762 Fürth am Dienstag von 14.15 Uhr bis 16.15 Uhr

Fürth »Gewerkschaftlicher Durchblick» jeden 1. Dienstag im Monat 19.00 Uhr, »Zu den sieben Schwaben», Otto-Seling-Promenade 20
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

Hof monatliche Treffen: in der Regel Donnerstag 20.00 Uhr, Hof Konkrete Termine bitte anfragen.
Kontakt: Karl-Heinz Edelmann, edekarl@yahoo.de

Ingolstadt/Eichstätt/Neuburg offene Vorstandssitzung am 3.Donnerstag im Monat (außer Ferien) ab 17.30 Uhr im Gewerkschaftshaus Ingolstadt
Kontakt: L. P. Thierschmann, ☎ 08 41/98 06 39 u. thierschmann.gew@email.de

Kempten Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

Main-Spessart Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos, ☎ 0 93 52/57 68
oder Wolfgang Tröster, ☎ 0 93 53/81 81

Memmingen/Unterallgäu Termine auf Anfrage
Kontakt: Stefan Kohl, ☎ 0 83 31/6 40 00 09
gew-unterallgaeu@gmx.de

München Fachgruppe Berufliche Schulen
Termine auf Anfrage
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen
Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Jürgen Pößnecker, ☎0 89/66 80 91

München Fachgruppe Gymnasien
Termine auf Anfrage
Kontakt: Andreas Hofmann, andreas.hofmann@gew-bayern.de

München Fachgruppe Hochschule und Forschung
Termin: Jeden 1. und 3. Montag im Monat, 19.00 - 21.00 Uhr
Kontakt: michael.bayer@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Realschulen
Termine auf Anfrage
Kontakt: Michael.Hemberger, hembergermiche@aol.com

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Wolfram Witte, ☎ 0 89/13 46 54

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe
jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Programm: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

München Lehramtskampagne an der Universität und GEW-Studierende
Kontakt: la-m@gew-bayern.de

München AK Personalräte und Vertrauensleute
monatlich Treffen: Mittwoch 17.00 Uhr, DGB-Haus, Termine auf Anfrage
Kontakt: Hacki Münder, ☎ 0 89/4 48 39 16
und Franz Stapfner, ☎ 0 89/5 80 53 29

München Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM)
Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: daniela.kern@ajum.de, ☎ 01 70/5 43 04 55

München AK »friedliche_Schule und Hochschule»
1. Schulmontag, 17.00 Uhr, DGB-Haus, Kontakt: StephanLip@web.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Sigi Schindler, ☎ 0 91 85/10 91

Neu-Ulm/Günzburg Treffen: monatlich, Termin auf Anfrage Gasthaus Lepple, Vöhringen oder Zur Goldenen Traube, Witzighausen
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen
Termine auf Anfrage
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

Nürnberg Fachgruppe Grund- und Hauptschulen
Termine und Infos unter www.gew-nuernberg.de
Kontakt: Werner Reichel, ☎ 09 11/30 14 91

Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken
Termine und Infos unter: www.gew-fachgruppe.de.vu
Kontakt: Stephan Stadlbauer, ☎ 09 11/7 36 03 10

Nürnberger Land Termine auf Anfrage
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Aphrodite in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, ab 19–.30 Uhr, Stefanos, Bruderwöhrdstr. 15 , Bürozeit: jeden Donnerstag außerhalb der Ferien von 17.00-18.30 Uhr im Büro Richard-Wagner-Str. 5/II
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

AK Gewerkschaften Uni Regensburg
Kontakt: jan.bundesmann@gmx.de,
facebook.com/akgewerkschaftenregensburg

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, im »Z - linkes Zentrum», Innstr. 45, Rosenheim
Kontakt: Lothar Walter, ☎ 0 80 36/39 75

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Weiden jeden 1. Schulmontag im Monat, 19.30 Uhr, Postkeller, Leuchtenbergerstr. 66, Weiden, plobenhofer@yahoo.com
Kontakt: Philip Lobenhofer, ☎ 09 61/3 81 67 62

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr Casino
Kontakt: Harald Morawietz, post@gew-wug.de, www.gew-wug.de

Würzburg jeden 2. Mittwoch (ab 1. Schulmittwoch nach Ferien), 19.00 Uhr, Sportpark Herieden, Heriedenweg 5, 97084 Würzburg
Kontakt: Sigrid Schwab, ☎ 0 93 64/5 07 90 75